

Weimar und Preußen.

1849—1851.

Von Karl Zugwurst.

Leitwort: und nicht kann ich schweißen
Nothung das Schwert.

Wagner, Siegfried.

Vom Großherzogl. Staatsministerium in Weimar ist mir erlaubt worden, den handschriftlichen Nachlaß des Staatsministers v. Wagdorf zu bearbeiten. Mit dieser Erlaubnis wird gerade in dem Jahre, da Weimar sich gern daran erinnert, daß ihm vor 100 Jahren von seinem Fürsten die erste freie und volkstümliche Verfassung Deutschlands verliehen wurde, dem Andenken eines verehrungswürdigen Mannes gehuldigt. Wagdorfs ministerielle Tätigkeit fiel in die Jahre der Gründung des deutschen Reichs. Nach dem weltwirtschaftlichen Aufmarsch unseres Volkes von heute ist dieses Zeitalter uns schnell ferngerückt. In jedem Sinne unzeitgemäß wäre jetzt die Geschichte eines deutschen Kleinstaates. Nun würde sich aber der Nachlaß Wagdorfs zwanglos zu einer Geschichte Weimars von 1848—1870 verarbeiten lassen. Was spielten die Kleinstaaten damals für eine Rolle? Bestenfalls dürfte ein Verfasser, der diese Frage zu beantworten versuchte, feststellen können, der Wahrheit über einige Vorgänge der deutschen Geschichte von vor 50 Jahren um eine Dezimalstelle näher gekommen zu sein. So mag es sich wohl erklären, daß dieses Gebiet unserer deutschen Geschichte noch ziemlich brach liegt. In der Politik steht das Vaterland über der Heimat. Was aber geographisch minder bedeutsam erscheint, braucht es biographisch nicht zu sein. Nicht die einzige, aber die schönste Aufgabe der Geschichte ist die Lebensbeschreibung. Darum genügt nicht, was bisher über Wagdorf veröffentlicht wurde, so gut es an sich ist. Der Mann darf uns nicht verloren gehen. Wagdorfs Leben — das ist Weimar ihm schuldig — müßte einmal nach dem gesamten handschriftlichen Nachlaß naturgetreu beschrieben werden. Wir greifen im Folgenden zwei Jahre seines Lebens heraus.

In dem Ministerialdekret vom 29. Mai 1849 wurde dem Weimarschen Landtag die Annahme der in Frankfurt von den Vertretern des deutschen Volkes beschlossenen Reichsverfassung amtlich mitgeteilt. Etwas anderes hatten die Weimaraner kaum erwartet. Die Gründe des Ministers, daß sie aus dem Volke hervorgegangen und mit ihr der Kampf gegen die Revolution besser als mit den Waffen zu führen sei, wurden als selbstverständlich hingenommen. Leider war diese Verfassung nur von 29 kleinen deutschen Staaten anerkannt worden. Der Versuch des deutschen Bürgertums, in Frankfurt das deutsche Reich zu gründen, war gescheitert. Das Dekret bemerkte hierzu, der Großherzog von Weimar erkenne die Reichsverfassung an, könne aber die nicht zwingen, die ihr widerstrebten. Ohne Preußen sei sie unausführbar und Weimar allein wirtschaftlich zu schwach und zu klein, sie auch nur in seinen Grenzen zu verwirklichen. Der Landtag wurde ersucht, das anzuerkennen, auf die Einführung der Reichsverfassung einstweilen zu verzichten, die Regierung für sie weiter wirken zu lassen und zu beschließen, daß sie ohne seine Zustimmung nicht abgeändert werden dürfe.

Gleichzeitig mit dieser frohen Botschaft hatte die Regierung dem Landtag die Einladung Preußens zu einem neuen Bündnis vom Tage zuvor zu übermitteln. Hätte Preußen gar nicht

den Ehrgeiz gehabt, deutsche Vormacht zu sein, so wäre die Ablehnung der deutschen Kaiserkrone deutlich genug gewesen. Aber Preußen hatte diesen Ehrgeiz, und man sagte sich in Berlin: „Mit dem ganzen Deutschland ist es in Frankfurt nichts geworden, versuchen wir es mit einem Teil. Die Reichsverfassung ist zu freisinnig, ändern wir sie ab. Der Reichstag als Volksvertretung kann bleiben, wird aber nach preußischem Wahlrecht besetzt“. Der König von Preußen und die Könige von Sachsen und Hannover hatten in diesem Sinn ein Bündnis geschlossen und luden dazu ein. Der Eintritt stand jedem frei, sonst blieben die Verträge von 1815.

Die beiden Vorlagen verfehlten in Weimar ihre Wirkung nicht. Die erste bekundete, wenn man sie für sich nahm, offenbar den guten Willen der Regierung, unerschütterlich an der völkertümlichen Reichsverfassung festzuhalten und sie bei einem Angriff von oben oder von rechts zu schützen, sie „ohne Zustimmung des Landtags nicht zu ändern“. Die zweite, der die Regierung keine Empfehlung mit auf den Weg gegeben hatte, war offenbar so volksfeindlich, daß sie mit der Bekanntgabe als erledigt gelten konnte. Beide nebeneinandergehalten beunruhigten — waren so unähnlich, daß man sie nicht für verwandt halten konnte, ergänzten sich aber so, daß die Urheber sich mindestens sehr gut gekannt haben mußten. Möglich, daß beide auf einander vorbereiteten und diese nicht da war, wenn jene genügte.

Was würde der Landtag sagen? So eine Aufgabe war ihm noch nicht gestellt. Zum erstenmal ergriff ein Kleinstaat in der Öffentlichkeit das Wort zur deutschen Frage. Die Abgeordneten waren sich dessen wohl bewußt. „Meine Herren“, hub einer also an zu reden, „das Volk hat uns aus sich heraus auf diesen Gipfel gehoben und wir haben unsere Gesinnung auszusprechen, unsere Empfindungen und Ansichten. Unsere Reden rauschen hin über unser Volk, es hört sie, es hört jedes Wort, und Tausende prüfen es. In diesem Augenblick, wo wir sprechen, sind wir Staatsmänner, wir sollen über das Gouvernement aburteilen — das ist wichtig, das ist groß, und das erweckt die Gewissenhaftigkeit in hohem Grade“. Kein Wunder, wenn die Reden unendlich lang wurden, so lang und breit, daß ein Abgeordneter „Siriusweiten“ brauchte, um sie „ermessen“ zu können. Das Ergebnis war dementsprechend gering. Die Volksbewegung von 48 wurde mit einem Sturm auf dem Meere verglichen, die Reise der Volksvertreter nach Frankfurt mit der Fahrt der Argonauten nach Kolchis. Das Schifflein fuhr ab und segelte mit Beute wieder heim. Da hat „tief unten im Schlamme unter Molchen der Leviathan des Absolutismus“ ihm aufgelauret. Ein Sturm zerriß es. Alles zerschellte. Nur ein Faß wurde ans Land geschwemmt; man erbrach es und siehe, es enthielt das goldene Vließ, die Reichsverfassung. Kein Weimaraner hätte sie wieder hergegeben. Und so billigte die Mehrheit eines Ausschusses den Schritt der Regierung; es wurde nur gewünscht, daß sie in ihren Bemühungen um die Verwirklichung der Reichsverfassung bei den anderen Staaten weniger vorsichtig sei und zu diesem Zweck am besten auf einen gemeinsamen geschäftsführenden Ausschuß der Kleinstaaten hinarbeite. Es hatte sehr zur Beruhigung der Gemüter beigetragen, daß die Abfassung des Dekrets vom 29. Mai vor dem Eingang der preußischen Note aktenmäßig zu belegen und damit der häßliche Verdacht beseitigt war, die Regierung habe den Lärm, der sich über der preußischen Einladung erheben würde, benutzen wollen, um sich unhörbar von der Reichsverfassung zu entfernen. Deshalb billigte man auch, daß im Notfall die Reichsverfassung im Weimarschen „mit Zustimmung des Landtags“ modifiziert werden könne.

So gut diese Worte gemeint waren, die Fähigkeit, mit der man an den Frankfurter Beschlüssen festhielt, bewies, daß Weimar mit dieser Reichsverfassung noch völlig auf dem Boden der Revolution stand. Wer daran zweifelte, brauchte nur den Abg. Enders zu hören, der als Arzt in dem Städtchen den Ruf eines Mannes von gesundem Menschenverstand genoß: „Es hat wohl noch nie ein Volk den Sieg einer Revolution mit solcher Mäßigkeit gefeiert, wie das deutsche. Das Frankfurter Parlament entwaffnete das Volk, nicht aber die Fürsten. Das war eine traurige Selbsttäuschung, allzugroßes Vertrauen, ein Fehler, der für den deutschen Charakter nicht unrühmlich genannt werden darf, neben einem Fanatismus nach Ruhe. Was aber haben die Fürsten getan? Es schmerzt uns, daß die Kriegsscharen, die sie zur Unterdrückung

des Volksaufstandes in Dresden verwendeten, bei ihrer Rückkehr nach Berlin bejubelt worden sind, als hätten sie den Erzfeind des Reiches über den Haufen geworfen. Der Tag ist nicht fern, wo sich der Soldat der Lorbeeren, die er in solchen Kämpfen erringt, nicht mehr rühmen wird. Die Gottesgnadenzeit ist vorbei, es ist jetzt Volkssouveränität. Mag der Begriff vielen unklar sein, den Inhalt fühlt das Volk. Wie der Bauer von seinem Acker spricht: mein Acker, so sprach bisher der Fürst von seinem Volk: mein Volk. Und wie der Bauer seinen Acker pflügt, eggt und erntet, so war das Volk bisher nichts anderes als des Fürsten Acker, den man pflügte, eggte und erntete.“ Der Abg. Enders sagte es ein bisschen kraß — er war mit in Frankfurt gewesen — aber ohne die Reichsverfassung keine deutsche Einheit, ohne sie keine bürgerliche Freiheit: so dachte doch noch jeder in Weimar. Daher schlug die Stimmung im Landtag augenblicklich um, als derselbe Abgeordnete das Ministerium um die Erklärung bat, daß es, wenn in dem Dekrete von einer „möglichen Abänderung“ der Reichsverfassung gesprochen werde, „nicht daran gedacht habe und daran gedacht haben könne, daß diese Änderungen den Berliner Entwurf im Sinne hätten.“ Das Stichwort brauchte nur zu fallen, und sofort war der Widerspruch da, weil, wie der Abg. Siebert, der „nichts als die Erfahrung von vielen Jahren und eine ziemliche Kenntnis des gesamten deutschen Volkes und seines Charakters für sich habe“, meinte, man in Erwägung ziehen müsse, daß gegen Preußen „ein unbestegbarer Widerwille“ herrsche. Wie von selbst nahm die Aussprache eine andere Richtung an; der Ton der Reden wird gereizter: ein preußischer König habe nie auf die deutsche Einheit trinken können, das preußische Volk sei zwar nicht „kernsaut“, aber Preußen sei „wipfeldürr“, da steht Waghdorf auf und wehrt dem Sturm: „Es ist nicht die Aufgabe einer Regierung und einer Versammlung wie die hier anwesende, mit der Hartnäckigkeit der Frauen immer wieder auf das erste Wort zurückzukommen, oder auch sich wie ein feuriger Jüngling einer Idee zu opfern“. Er will heute nur bestätigt haben, daß ohne den Landtag die Reichsverfassung nicht abgeändert wird und in solchem Falle erst eine Vorlage an das hohe Haus gelangt. Beide Sätze gehen für ihn in dem einen auf, daß die Reichsverfassung, wie sie jetzt ist, in den Grenzen der 29 kleinen Staaten, die sie bisher anerkannt haben, unausführbar sei und in diesen engen Grenzen nicht als eine Verfassung des deutschen Reiches gelten kann. Er hat damit „nicht ein Wort“ über die preußische Vorlage sagen wollen, kann es auch nicht, weil ihm „in dieser Beziehung noch vieles unklar“ ist und er sie mit dem Landtag erst weiter zu behandeln haben würde. Die Abgeordneten sind noch ungewiß, was das Ministerium will. Als aber Wydenbrugg, der neben Waghdorf am Regierungstische saß, in Frankfurt gewesen war und dort wegen seiner Preußenfeindschaft eine gewisse Popularität genossen hatte, so nebenher von Vorzügen des preußischen Entwurfs und Mängeln der Reichsverfassung spricht, meint, es käme weniger auf die Paragraphen als auf den lebendigen Staatsbürgerinn an, und von einer „geschichtlichen Notwendigkeit“ redet, daß Preußen seine Kraft ausströme und das übrige Deutschland sein reiches geistiges Leben dahin zurückfluten lasse, und nur so eine deutsche Zukunft möglich sei, ist der Aufruhr auf allen Bänken entfesselt. Die Linke ist seelisch „erschüttert“; aber auch die Rechte, die es zuvor abgelehnt hatte, sich einem Ministerium, das sich nicht „verharnischt“, „mit Klauseln geharnischt“ gegenüber zu stellen, kam von ihrer ersten Ansicht zurück. Der Antrag des Ausschusses genügte mit einemmal nicht mehr, er galt als zu weit gefaßt, zweideutig, schlechtes Deutsch. Und nun erhob sich ein Streit um Worte, der mit einer heillosen Verwirrung der Begriffe endete. Der Kampf dauerte vom 11. bis zum 13. Juni. Diese Art Bürgerkrieg war in Weimar neu. „Im Faustkampf, wo man dem Feinde mit gezücktem Schwerte gegenübersteht, ist ein Schlag entscheidend. Denn nach dem Gesetz der Natur ist der Mensch, wenn das Gehirn aus ihm heraus ist, ehrlicherweise tot und macht einem weiter keine Mühe. Wie ganz anders aber, wenn man mit Gründen der Vernunft streitet. Hier läßt sich kein überhaupt noch bestimmbarer Sieg als entscheidend betrachten. Man schläge seinen Gegner mit parlamentarischen Schmähworten nieder, bis seine Sinne ihn verlassen; man schläge das Gehirn oder Denkvermögen für den Augenblick ganz aus ihm heraus: es ist alles umsonst, am nächsten Morgen lebt er wieder auf, schärft er von neuem seine Waffen. Ein

Mittel, durch das man seinem Gegner logisch das Lebenslicht ausblasen könnte, ist in der konstitutionellen Kultur ein dringendes Bedürfnis". Das Mittel fand sich nicht. Stärker als der Glaube an die Minister, war das Mißtrauen gegen, die Furcht vor Preußen. Zu guter Letzt wurde jedem deutschen Landtag im allgemeinen, und dem von Weimar im besonderen schlechthin das Recht bestritten, die vom Volke beschlossene Reichsverfassung auch nur irgendwie abzuändern; es wurde behauptet, daß für diesen Fall nur ein Reichstag zuständig sei und damit nur einer gemeint sein könne, der es ermöglichte, die Reichsverfassung, so wie sie sei, zu verwirklichen. Und diese Meinung wurde durch Mehrheit zum Beschluß erhoben. Es wurde der Regierung weiter aufgegeben, für die Anerkennung der Verfassung auswärts rastlos tätig zu sein und in Weimar gleich mit der Einführung der Grundrechte zu beginnen. Ein Antrag des Abg. Domrich, der preußischen Einladung „unter keiner Bedingung und in keinem Falle“ Folge zu leisten, fiel zwar durch, aber das Schicksal des gemäßigten Antrags der Ausschlagsmehrheit, der schließlich in eine Waffe gegen Preußen umgearbeitet wurde, wenn sie auch noch in der Scheide steckte, ließ vermuten, daß die Absage an Preußen nur darum noch nicht ausgesprochen wurde, weil das Ministerium nicht danach gefragt hatte. „Wir brauchen im Landtag keine Erklärungen abzugeben, schloß Schleiden, solange sie nicht verlangt sind“.

Die Regierung hatte einmal einen schlechten Tag gehabt. Aber, so siegesgewiß wie die Abgeordneten war das Volk nicht. Die von wegen der Reichsverfassung am Rhein und in Sachsen angezettelten Aufstände wurden mit Gewalt unterdrückt. Es wurde still im Lande. Die Revolution lebte in Weimar bald nur noch als Titel der demokratischen Zeitung fort. Die Zeit des Lapidarstiles, wo das Volk zwecks größerer verfassungsmäßiger Bewegungsfreiheit den Ministern mit Steinen die Fenster einwarf, war endgültig vorbei. „Die Reichsversammlung“, las man Ende Juni in der „Revolution“, „hat sich verloren, wie der deutsche Rhein im holländischen Sande. Wir sind sehr unglücklich. Es liegt etwas Demütigendes in der Wahrnehmung, daß ein großes gebildetes und fähiges Volk mit allen seinen Anstrengungen nicht einmal die erste, notwendige Bedingung einer Nation erreichen kann. So mächtig ist die Gewalt der geschichtlichen Bildungen.“ Das Geständnis ehrte den Demokraten. Aber von dieser Einsicht bis zu dem Entschluß, den Versuch der Reichsgründung mit Preußen zu wiederholen, war es noch sehr weit. Und doch mußte er gewagt werden. Das wenigstens war Wagdorfs Meinung.

Nach ergebnislosen Bemühungen um die Durchführung der Reichsverfassung hatte Wagdorf einen Bevollmächtigten nach Berlin geschickt, um den Beitritt des Großherzogtums zu dem Bunde der drei Könige zu „ermöglichen oder doch zu erleichtern“. Die Instruktion war einfach: es sollte in Berlin für einen neuen Reichstag gewirkt und der Berliner Verfassungsentwurf nach dem Frankfurter abgeändert werden. Der Bevollmächtigte hatte leichte Arbeit. Preußen billigte diese Anschauungen, und Weimar trat dem Bunde bei, wenn der Landtag darüber gehört war. Möglich, daß die Abgeordneten sich an dem Reichstagswahlrecht stießen, das mit dem preußischen Entwurf verknüpft war, Dreiklassenwahl. In Weimar war eben das denkbar freisinnigste Wahlrecht eingeführt. Man war deshalb in Berlin besonders vorstellig geworden, hatte sogar die Gesamtheit der Thüringischen Staaten zu einem vereinten freisinnigen Beschluß veranlassen wollen. Leider umsonst. Nur soviel wurde erreicht, daß die Wahlen in Weimar so einzurichten seien, wie es die besonderen Steuer-, Gemeinde- und Heimatgesetze des Großherzogtums erforderten. Danach trug Wagdorf kein Bedenken, den Landtag zum Eintritt in den Dreikönigsbund einzuladen, ihn aufzufordern, die Schritte, die er in Berlin getan, nachträglich zu billigen. Der Weg, der hiermit betreten wird, hieß es in dem Ministerialdekret vom 6. Juli, ist der einzig noch mögliche; die Pflicht verbietet es, untätig dabei zu stehen, wenn die deutsche Einheit gemacht wird. Zufällig — es ist oft wunderbar, wie konsequent ein böses Schicksal den Menschen auch in Kleinigkeiten verfolgt — fielen die Verhandlungen gerade in die Tage des Waffenstillstandes zwischen Preußen und Dänemark. Schleswig-Holstein schien verloren. Die öffentliche Meinung schrieb erneut gegen Preußen, das sich die Sympathien, die es durch die Unterdrückung des Aufstandes in Baden wenigstens bei den Einsichtigen gewonnen hatte, wieder verscherzte. Es ge-

hörte Mut dazu, in diesen Tagen mit Preußen zu gehen. Aber Wagdorf tat es, er wußte, daß es im Landtag auf eine Kraftprobe ankam, und war bereit, von der Leitung der Geschäfte zurückzutreten, wenn die Abgeordneten versagten. So gipfelte der Streit über die deutsche Zukunft in Weimar in der Frage: Wagdorf oder Preußen? Damals hat Weimar einige große Tage erlebt. Die dreitägigen Debatten weckten in Deutschland einen Widerhall, der bis in die Umgebung des Königs von Preußen hörbar war. Denn Weimar war der erste Staat, der zu der Frage das Wort ergriff und eine Antwort gab. Die Gallerien des Fürstenhauses waren übervoll von Leuten, unter denen sich auch Volksvertreter aus den Thüringer Nachbarstaaten befanden. Es ist immer ein Glück, wenn eine gute Sache den Mann findet, der sie vertritt, einen Mann, der, sein Tagwerk einstweilen aufschiebend, herbeieilt, um sie in Gang zu bringen, und heimkehrt, wenn sie läuft. So einer war der Abg. Trunk, der den Anschluß an Preußen im Auschuß und vor dem Hause vertrat. Weil die Reichsverfassung sich jetzt „zweifellos als unmöglich“ herausgestellt habe, weil in dem preußischen Entwurf ein „gesetzliches Mittel“ geboten werde, wenigstens ihren „Geist“ einzuführen, weil die Regierung bisher eine „volksfreundliche deutsche Gesinnung sattem bestätigt“ habe, und „wegen der überwiegenden Macht der Verhältnisse“ solle der Beitritt zu dem Bunde der drei Könige mit dem Vorbehalt erklärt werden, daß das Recht der Kündigung des Vertrags entweder allen Staaten oder keinem zustehen. Die Grundrechte des Großherzogtums sollen gewahrt bleiben, aber der neue Reichstag darf auch in Weimar Gesetze ändern, die nach der allgemeinen Natur der deutschen Angelegenheiten nicht mehr bestehen können. Der Redner hat den preußischen Entwurf „publizistisch und juristisch“ geprüft und findet den Weg gangbar. Und Preußen verdiene es, daß man ihm folge; es habe in der deutschen Sache Opfer gebracht, im dänischen Krieg an Geld, in dem Entwurf an Macht. Trotz seiner 16 Millionen Einwohner habe es in dem nach Berlin zu berufenden Verwaltungsrat nur eine Stimme verlangt. Und diese Behörde sei nicht allmächtig; Volk und Staat seien zur Mitarbeit aufgerufen. Man müsse zugreifen. „Wir dürfen nicht in Untätigkeit auf einen Glücks- oder Zauberschlag warten. Die kleinen Staaten allein vermögen nichts, sind nur Streuländer. Der Aufstand in Baden verläuft sich; wir sind nicht mehr in 48. Die Kosten der angestregten Beaufsichtigung der fortwährenden Kämpfe einzelner Parteien gegen die rechtliche und staatliche Ordnung steigen so sehr, daß jeder Tag den Staatskassen und somit den Staatsbürgern größeres Verderben bringt.“ Trunk sprach noch, als der Abg. Schüler, der ihm folgte, ein sehr hagerer, magerer Mann, bereits seine Hefte zurechtlegte. Schüler war Parlamentarier und hatte erst kürzlich mit als einer der letzten das Mandat niedergelegt. Die Weimaraner in Frankfurt bilden ein Kapitel für sich. Schüler vertrat nach Laube einen sanften Republikanismus, nach Hefen und nach Kräften; von Zeit zu Zeit mußte die Paulskirche so ein Hest mit anhören. So auch heute, wo er in Weimar ohne Augenmaß für den Unterschied der Größenverhältnisse und taub gegen die Akustik seiner eigenen Worte stundenlang redete. Er erklärte ganz offen, daß er sich nicht auf den ausschließlichen Standpunkt eines Mitgliedes der Weimariischen Ständeversammlung stellen könne, sondern sich „als einen Teil des großen deutschen Volkes“ empfinde, daß man die große Frage nicht mit kleinen Klugheitsmaßregeln lösen dürfe. Er will „mit dem Kopf durch die Wand“, denn in Frankfurt sei man darum nicht weiter gekommen, weil dort „immer nur das Mögliche, das Erreichbare“ erstrebt wurde. Nachdem er sich so durch die Kapitulation seiner Grundzüge Mut gemacht hat, geht Schüler auf den Berliner Entwurf ein, der für ihn schon darum unannehmbar ist, weil er den Fehler wiederholt, an dem auch die Reichsverfassung litt, nämlich „daß man den Mächtigsten an die Spitze“ des Reiches stellen wolle. Er selbst war stets für eine „republikanische Spitze“ in Deutschland gewesen, hielt sie auch „im Prinzip“ noch aufrecht, als er sah, daß sie „höchstens“ an der „äußeren Unmöglichkeit“ leide, und hatte in Frankfurt unter schallender Heiterkeit des Hauses auf den Stufen des deutschen Kaiserstuhls ein „leichtes, bewegliches Laubdach“ empfohlen; jeder Deutsche solle wählbar sein, und der Gewählte sechs Jahre lang das bewegliche Laubdach „gleichsam“ vorstellen. In Weimar sprach er warnend unter dem Beifall der Gallerien von der Uebermacht Preußens:

„Was man jetzt gründen will, ist ein Reich der Gewalt, der faktischen Abhängigkeit der Kleineren von den Größeren, der Schwachen von den Mächtigen“. Sollte es etwa umgekehrt sein? Man wäre versucht zu lächeln. Aber ein Bündnis mit der bewaffneten Macht war den Republikanern ein Greuel. Die Linke hätte diese Macht am liebsten geleugnet. Der Abg. Schleiden, Professor der Botanik in Jena, rief im Ton der Entrüstung über die Vorrechte, die er Preußen auf Grund seiner Macht in dem Entwurf nachrechnete: „Es stehen in dem Bunde nicht 16 Millionen Preußen gegen 6 Millionen Deutsche, sondern es stehen sich 34 vollkommen gleichberechtigte Souveränitäten gegenüber“. Dem Abg. Schüler, Oberappellationsgerichtsrat in Jena, schien ein auf freier Vereinbarung beruhender, „gerechter“ Vertrag zwischen Weimar und Preußen nur denkbar, wenn der Großherzog durch diesen Vertrag mit dem König gleichberechtigt und ebenso mächtig würde wie er. Der Abg. Fries, Advokat in Weimar, argumentierte, daß nicht einmal die unleugbaren wirtschaftlichen Vorteile, die unsere Grenzmärkte Alstedt, Oldisleben, Rastenberg und Buttstedt aus dem Anschluß an Preußen ziehen würden, die Abgeordneten bewegen dürften, dem Bunde beizutreten: „Für eine Jahrmarktskonzession wollen wir die Souveränität des Volkes an die Krone Preußens verkaufen?“ Und der Abg. Jäde, Literat zu Weimar, der zum 100. Geburtstag Goethes mit dem Jubilar böshaft verwechselte linke Flügelmann des Landtags, besaß nicht die Kraft, die Worte für sich zu behalten: „Preußen reicht uns die offene Hand. Die nehmen wir nicht. Wenn es eine Faust macht, so werden wir freilich Ja sagen müssen, weil wir kleiner und schwächer sind. Dieses Zugestehen, dieses Ja-sagen, ohne erst nur eine Drohung abzuwarten, kommt mir vor wie die Geschichte mit dem Offizier, welcher vor seiner ersten Schlacht so große Furcht bekam, daß er sich selbst tötete, um nicht später zu fallen.“ Man kann sich schon sehr weit enthüllen, ohne sich eine Blöße zu geben. Jäde ist, auch wenn man ihn begreifen könnte, nicht zu entschuldigen. Aber in der Machtfrage haben die Kleinstaaten stets versagt. Es war ein kleinstaatlicher Minister, der in Frankfurt den Gedanken hinwarf, die Aufgabe, Deutschland zu vereinigen, würde besser und schneller gelöst, wenn die großen Staaten um einige Einheiten kleiner, die Kleinen um ebensoviel größer „gemacht“ würden.

So geschlossen die Linke aufmarschierte, Republikanismus und Preußenhaß ergaben im Landtag noch keine Mehrheit, so daß sie auf Stimmenfang ausgehen mußte. Man drohte mit der Reaktion von Preußen her. Die Revolution, hieß es jetzt, tritt lärmend und schreiend auf und macht eine Menge Ansprüche, läßt sich aber dann bald mit einigen Versprechungen begnügen und geht still wieder ab; die Reaktion hingegen fängt freundlich an, verspricht alles Mögliche, verheißt der Freiheit Schutz und Ordnung, geht aber, wenn sie sich befestigt hat, immer weiter und hält wenig oder gar nichts. Wagdorf ein Reaktionär? Seine rastlose Tätigkeit für die Sache der bürgerlichen Freiheit 1848, die Wärme des Gefühls für die deutsche Einheit, die bei ihm manchmal vulkanisch herausbrach, widerlegten diesen Verdacht. „Die Weimariische Regierung steht auf demselben Standpunkt, auf dem die enthusiastischen Freunde des Vaterlandes stehen.“ Er leugnete nicht, daß er „eine Art Vertrauensvotum“ verlange, farbte gar nicht rosig und gab sich mit Preußen keinen übertriebenen Hoffnungen hin. „Wenn sie ja sagen, so werden wir dadurch vielleicht einen Vorteil für das deutsche Vaterland erlangen, vielleicht einen Schaden, wenn sie Nein sagen.“ „Aber, wendete er sich zur Linken, zeigen Sie mir einen Weg, einen ehrlichen und offenen Weg, einen Weg, wie er einer Regierung würdig ist und ein Staat ihn gehen kann, der zu dem Ziele führt, was wir alle wünschen, und die Regierung wird ihn gehen, aber muten Sie der Regierung nicht zu, daß sie sich auf einen Punkt stellen soll, wo sie mit der größten Geschicklichkeit nichts weiter erlangen kann, als daß sie selbst nicht zu Falle kommt.“ Der gebildete Mensch in seiner vollen Wahrheit ist mehr als jegliche Virtuosität, dauerhafter als jede noch so gesteigerte Spezialität, segensreicher wirksam als jede besondere Kraft. Darum wirkte die Dialektik des Abg. Fries nicht, der es nach Wagdorfs Worten als einen Segen für das Land hinzustellen versuchte, wenn das Ministerium zurücktrete, weil dann das Volk den Glauben an die Minister nicht verlieren werde. Die Worte verfingen nicht, „daß diese Männer unter dem Jubelrufe des Volkes von dem Tische der Minister aufstehen und sich auf die Bänke der Opposition

niederlegen" würden. Im Gegenteil, es wagten sich allmählich einige Stimmen vor, die für Preußen eintraten. Der Abg. Schwendler liebt dieses Preußen nicht, aber er haßt es auch nicht. Der Bund der drei Könige ist ihm ein Kompromiß, und „ein Kompromiß kompromittiert nicht.“ Dem Abg. Lorey sind zwar die Hohenzollern „nicht rein,“ aber soviel er sieht, würden die Weimaraner mit ihnen immer noch besser gehen können als mit den Wittelsbachern. Bayern sei zu groß, um klein, zu klein, um groß zu sein. „Die Thüringer sind Norddeutsche.“ Der Abg. Liebe ist Fatalist. Nach seiner Meinung ist der Beitritt Weimars zu dem Bunde eine unabwiesbare Notwendigkeit, nachdem Preußen gesprochen hat: „Können wir nicht Deutsche bleiben, so wollen wir Preußen werden.“ Dem Abg. Schubert ist das Ganze ein Widerstreit zwischen Kopf und Herz, der Kopf sei für, das Herz gegen Preußen, das Herz aber sei in politischen Dingen der schlechteste Richter. Die zeitgenössische preußische Regierung scheint ihm nicht gut, scheint nur „eine neue mit einigen zeitgemäßen Floskeln verbesserte Auflage des Metternichschen Systems“ zu sein, dennoch müsse Weimar sich an einen Bund von 20 Millionen Menschen „mit einem respektablen, von ganz Europa geachteten Kriegsheer“ anschließen. Neben diesen eingewickelten Zusagen auf die Einladung Preußens legte nur einer, der Abg. Stäps, ein unumwundenes Bekenntnis für Preußen ab und trat mit warmen Worten für ein praktisches Deutschtum ein, wobei er sehr geschickt gegen den geistigen Führer der Linken polemisierte. „Die Märzbewegung, hatte Fries behauptet, hatte mit der deutschen Einheit nichts zu tun; diese Bewegung war keine bloß deutsche, sie war eine europäische Sache. Der Sturm galt den demokratischen Ideen.“ Stäps erwiderte: „Die Märzerhebung war keine soziale, war auch nicht republikanisch-radikal; national war sie. Die Auffassung einer geschichtlichen Bewegung stützt sich bei denen, die staatlich zur Mitarbeit berufen sind, nicht auf eine Ansicht, sondern auf die Absicht, welche Richtung sie den Dingen zu geben gedenken.“ Fries hatte gemahnt: „Wenn die Freiheit verloren geht, brauchen wir die Einheit nicht.“ Stäps duplizierte: „Der Bund der drei Könige enthält die Idee eines norddeutschen Bundesstaates mit Volksvertretung. Das ist für jetzt schon Etwas, für später vielleicht Viel.“ Der Abg. Fries hatte gespottet: „Wer einen Knecht oder eine Magd mietet, sieht nach den Sittenzeugnissen, und die Zeugnisse Preußens sind schlecht. Das beweisen die Jahre 1806, 1818, 1849, beweisen die Namen Jena, Karlsbad und Schleswig.“ Stäps triumphierte: „Gegen die Linke spricht die gesamte preußische Geschichte: Friedrich I. von Preußen, der nur deutsch sprach und keinen Ausländer an seinem Hof duldete; Friedrich der Große, der in Teschen Bayern vor Oesterreich rettete. In Wien wollte Preußen den Bundesstaat, Oesterreich und Bayern haben es verhindert. Die nationale Erhebung Preußens 1813 war eine deutsche Sache. Herzberg, Hardenberg und Stein, das sind Namen, vor denen jeder Deutsche ehrfurchtsvoll den Hut abnimmt, denn jeder Zoll an ihnen war deutsch.“ Die Aussprache erreichte ihren Höhepunkt, als der Abg. Enders von der Linken, der noch vor 4 Wochen gegen Preußen wetterte, aufstand und für Waddorf sprach. Das Ministerium habe sich, ohne seine deutsche Gesinnung aufzugeben, von höheren politischen Rücksichten leiten lassen, er könne nicht gegen es stimmen. Die letzten Wochen haben ihn gewandelt. Er sieht „ein Ringen der Völker um Freiheit von den Säulen des Herkules bis dahin, wo das despotische Asien seine Vorposten aufgestellt hat“, sieht in diesem Ringen eine Bildungsfrage, „einen Kampf zwischen der europäischen und der asiatischen Kultur.“ Wenn es aber ein Kulturkampf ist, schloß er, so habe Weimar seine geschichtliche Stellung zu würdigen. Preußen dürfe den Ostmächten nicht verfallen. Enders schwieg, da stand auch Wydenbrugt schon und sprach mit der ihm eigenen Geschmeidigkeit, sich der Stimmung anzupassen, indem er eine halbe Stunde lang mit Bezug auf Deutschland eindringlich den traurigen Gedanken variierte: Unglückliche Kranke pflegen eine Erleichterung darin zu finden, daß sie mit Müß und Not einmal auf die andere Seite gelegt werden. Er ist mit Bezug auf Deutschland weder für die linke, noch für die rechte Seite; auf beiden habe es sich wund gelegen. „Nur von Preußen kann die Gesundung kommen, rief er, von dorthier aber droht Gefahr“ und endigte mit erhobener Stimme fragend: „Ist es denn nicht wahr, daß in Preußen eine Partei immer stärker wird — er meinte die kleine, aber mächtige Partei der Kreuzzeitung, die in ihren Leitartikeln

stürmisch verlangte, daß Preußen sich endlich auf sich selbst besinne —, welche nicht glaubt es ertragen zu können, daß das ruhreiche Preußen einen Teil seiner Souveränitätsrechte an einen Verein von mehreren Staaten abtreten solle, eine Partei, die diesem neuen Plan entschieden entgegenwirkt, und die sehr leicht zum Siege kommen kann, wenn dieser Plan nicht schnell die nötige Unterstützung findet." Unmittelbar darauf wurde der Beitritt Weimars zu dem Bunde der drei Könige mit 20 gegen 13 Stimmen beschloffen; 5 Abgeordnete enthielten sich der Stimme, 2 fehlten. Der nichtsagende Vorbehalt änderte an dem Ergebnis nichts.

Wagdorf hatte erreicht, was er wollte und für Weimar konnte es nicht unrühmlich sein, daß es den ersten gemacht hatte. Die meisten Menschen, schreibt Keller einmal, sind fähig oder bereit, ein in den Lüften umgehendes Unrecht zu verüben, wenn sie mit der Nase darauf stoßen; sowie es aber von einem andern begangen ist, sind die übrigen froh, daß sie es doch nicht gewesen sind, daß die Versuchung nicht sie betroffen hat; und sie betrachten nun den Ausgewählten mit zarter Scheu als einen Ableiter des Übels, der von den Göttern gezeichnet ist, während ihnen zugleich noch der Mund wässert nach den Vorteilen, die er dabei genossen hat. Das etwa war die Stimmung zwischen Werra und Saale. Die Vorteile wurden weit überschätzt. Das einzige, was Wagdorf verbrieft in den Händen hielt, war die „amtliche“ Zusage von Berlin, daß keine Regierung rechtlich befugt sei, zurückzutreten. Der Erfolg im Landtag tat ihm wohl; er freute sich vor allem über das Publikum, „welches sich in einer Weise anständig gezeigt hat, wie sie kaum irgendwo erhört sein möchte.“ Aber wenn Wagdorf sagen sollte, daß er zu dem Gelingen des ganzen Werkes Vertrauen habe, mußte er der Wahrheit untreu werden. „Ich habe im Laufe der letzten Wochen, schrieb er an Seebeck, einen gewaltigen innern Kampf gekämpft, insofern das, was mein Gefühl als Mensch mir sagte, mit demjenigen im Widerspruch stand, was mir die Politik als Minister zur Pflicht machte.“ Er sah beim König von Preußen und seinen Dienern den guten Willen, die reine Absicht, nicht aber das Geschick und bezweifelte vor allen Dingen die „Befähigung zu der großartigen Auffassung,“ welche vonnöten sei. Wagdorf verkannte die Gefahren nicht, die dem jungen Bunde drohten, die Spannung zwischen den drei Königen, die Mißstimmung gegen Preußen, der offene Bruch mit Rußland und Oesterreich. Wenn er alles recht bedachte, mußte er sich sagen und sagte sich, daß man danach den „fast für wahnsinnig“ halten sollte, der es unternehme, „unter solchen Umständen sein Geschick an das Preußens zu knüpfen.“

Raum war der Beschluß des Landtags draußen bekannt geworden, da setzte in Berlin ein heftiger Angriff gegen ihn ein. Wydenbrug hatte nicht mit Unrecht vor den streitbaren Männern der Kreuzzeitung gewarnt, denen der kleine Staatsmann in Weimar lästig zu werden begann. Man läßt sich nicht gern von Verwandten in Familienangelegenheiten dreinreden, besonders nicht, wenn sie es gut meinen. Wagdorfs Tätigkeit war dieser Partei in Preußen unbequem. Es ist damals allen Ernstes der Versuch gemacht worden, seine Stellung am Weimarschen Hof zu erschüttern. Und er hatte die beste Aussicht, auf die Liste der Todeskandidaten zu kommen. Einmal war, wie bekannt, in diesem Jahre die Ministersterblichkeit sehr groß, besonders die der Märzgeborenen. Und dann bot Wagdorf eine ziemlich breite Angriffsfront: sein Wahlgesetz, die Anerkennung der Reichsverfassung und dann eben seine deutsche Politik. Da bewährte sich ihm einmal Treue der Freundschaft. Sein früherer Kollege, der noch lange nicht genug gekannte Staatsminister a. D. von Gersdorff, den die Märzstürme in Weimar vertrieben hatten, sprang ihm bei. Der durfte sich mit Recht einen „Unparteiischen“ nennen, er, der jetzt „außerhalb der Schranken gestellt, ein Zuschauer und Beobachter der Weimarschen Geschichte war, an welcher über 30 Jahre teilzunehmen, ihm das Loos gefallen.“ Gersdorff gab zu, daß in einem Staate größeren Umfanges ein Wahlgesetz, das Stand, Bildung und Vermögen nicht kennt und nur an die Steuerleistung gebunden ist, zu freisinnig sei, betonte aber, daß solch ein Gesetz in einem kleinen Staate wie Weimar, mit Ackerbau und Kleingewerbe, wo der kleinere Grundbesitz, auch der des Tagelöhners, den Begriff des Eigentums und der Bodenständigkeit wert und lebendig erhalte, ohne Gefahr bestehen könne, zumal wenn umgebende größere Staaten nicht in den Fehler

verfielen, früher als bei ihnen unbedenklich sein möchte, direkte Wahlen ohne Zensus einzuführen. Das Wahlgesetz, folgerte er aus den Ereignissen, habe in Weimar geleistet, was man von ihm erwarten konnte: es befestigte in den schweren Tagen das Vertrauen des Volkes, und der aus ihm hervorgegangene Landtag stand hinter den früheren nicht zurück — was sein Anschluß an Preußen beweise. Dann ging es weiter. Nun sage man in Berlin: mag Herr v. Wagnitz sich im Innern bewährt haben, in den äußeren deutschen Angelegenheiten habe er nicht „den klaren Blick des Staatsmannes“, sondern „die Befangenheit des Schwärmers für Deutschland“ gezeigt. Gersdorff räumte ein, daß der Angeklagte von allem Anfang an der Ansicht gewesen sei, daß die Leitung der deutschen Dinge Preußen gebühre; das aber könne man nur dann „Schwärmerei“ nennen, wenn in Preußen der Gedanke des Bundesstaates überhaupt aufgegeben sei und unter „Nüchternheit“ die Annexion der Klein- und Mittelstaaten verstanden würde. Gersdorff war darob nicht ärgerlich; mit seltener Selbstverleugnung bekannte er, daß im Laufe der Zeit die Einverleibung Weimars in Preußens Monarchie das Beste sei, weil sie national und zugleich die Verbindung mit dem geistig entwickeltesten der größeren Staaten Deutschlands wäre, erklärte aber ebenso bestimmt, so preußisch er auch sei, und er sei es „in hohem Grade“, daß dazu die Zeit noch nicht gekommen, weil das preußische Kabinet selbst diese Annexion noch nicht wünschen könnte, wohl wissend, daß sie ohne einen Krieg, der Europa gegen Preußen aufbringen würde, nicht zu erlangen sei. „Kathamer dürfte es daher sein, daß Preußen, nachdem es seit 100 Jahren bereits manches Nachbarland zu verschlingen Gelegenheit gefunden hat, fürerst zu den umgebenden deutschen Staaten nicht spreche wie der Cyclop Polyphem, nachdem er bereits mehrere Gefährten des Ulysses sich einverleibt hatte: euch spar ich mir zur Nachkost.“ Das hörten die Preußen nicht gern, aber die Geschichte hat dieses Urteil bestätigt. Solange sie nicht die Kühnheit besaßen und staatsmännisch darauf vorbereitet waren, die Machtfrage zu stellen, mußten sie sich fügen lassen, daß sie ohne fremde Hilfe und Vermittlung nichts erreichten. Mit Recht erwähnte Gersdorff in diesem Zusammenhang die rastlosen Bemühungen Wagnitzs im Jahre 1848, den König von Preußen mit den Fürsten und den Volksvertretern auszusöhnen, wo er als „Commis-voyageur“ zwischen Berlin und Frankfurt hin- und herpendelte, seine Bereitwilligkeit, der Einladung zu dem Dreikönigsbündnis unverzüglich Folge zu leisten, und konnte es wagen, bei dieser Gesamturichtung der Weimarschen Politik die Frage aufzuwerfen, ob die Anerkennung der Reichsverfassung durch die kleinen Staaten ein revolutionärer Akt gewesen wäre, der Preußen irgendwie schaden und von ihm unfreundlich gedeutet werden konnte. Die Verdienste Preußens sollen nicht geschmälert werden. Aber Gersdorff war überzeugt, Tatsächliches zu berichten, wenn er schrieb, daß die Aufstände in Baden und Sachsen und in Westfalen von den Preußen „im Verein“ mit den Bundesstruppen nicht so leicht unterdrückt worden wären, wenn man der Ruhe im eigenen Lande und unter der Bevölkerung der kleinen Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannten, nicht sicher gewesen wäre: „Sollte man nicht wenigstens dem Minister v. Wagnitz und den Staatsmännern, welche gleich ihm jene Erklärung der 28 Staaten unterzeichneten, diejenige Anerkennung der Zeitgemäßheit und der Besonnenheit ihres Schrittes zuteil werden lassen, welche man in einer von den Flammen ergriffenen Stadt denjenigen nicht versagen würde, welche durch geeignete Vorkehrungen die Verbreitung der Feuersbrunst durch die von ihnen bewohnten Stadtteile verhindert und so denjenigen, welche sich der Löschung der bereits vom Feuer ergriffenen Gebäude widmeten, die Möglichkeit, um so wirksamer die Gefahr bewältigen zu können, gesichert hätten?“

Wagnitz sah diesem Federkrieg von weitem zu; er brauchte Ruhe und ging auf einige Zeit nach Wilhelmstal, reiste geschäftlich höchstens einmal auf ein paar Stunden nach Weimar, kehrte aber immer schnell wieder zurück, um noch einige Tage zu „schwärmen.“ Sehr früh, wenn im Schloß noch alles schlief, ging er über die Sandwege durch die Wiesen in den erwachenden Wald und stieg, hinten herum, auf einem laubigen Waldweg nach dem Hirschstein. Immer allein. „Da oben, lieber Freund, hätten Sie mich einmal sehen müssen.“ Der weite Blick, das

Gefühl, höher zu stehen, das Große groß, das Kleine klein zu sehen, das ruhige Ebenmaß der Flächen von Berg und Wald mit ihren blaugrünen Rändern und Säumen, die versteckten Schlingungen der Waldwege zu suchen, auf denen andere Leute auf die Höhen steigen, auf seine Anhöhe — das alles tat ihm wohl und teilte sich ihm mit. Lächelnd vernahm er dort, daß Gotha sich für Coburg gegen den Dreikönigsbund erklärt habe, so daß der Herzog möglicherweise in den Fall kam, mit sich selber Krieg zu führen. Lächelnd hörte er, daß Meinungen vorläufig erst einmal ablehnte. Schließlich traten zu seiner Freude alle Thüringer Kleinstaaten dem Bunde bei. Unleugbar besaß der Gedanke, der ihm zu Grunde lag, eine innere Verbekraft. Daneben verhehlte Waghdorf sich nicht, daß Sachsen und Hannover der preußischen Regierung voraussichtlich „fortdauernd gegenüberstehen und in Sinn und Geist der neuen Verfassung schwerlich eingehen“ würden; er bedauerte aus diesem Grunde die Wahl Jeschhaus als Vertreter Sachsens im Verwaltungsrat, — „dessen steifes Wesen notwendig da nachteilig wirken und verlesen müsse, wo man sich nach allen Seiten das Versöhnen zur Aufgabe machen sollte“ — schob die Schuld aber nicht auf eine böse Absicht, sondern auf die „unselige Richtung“ seines „zweiten Vaterlandes“, immer seine eigenen Wege zu gehen. Die Vertretung der Thüringer Kleinstaaten im Verwaltungsrat übernahm der Staatsrat Seebeck, der, nachdem Waghdorf in freundschaftlicher Weise seine Besoldung sicher gestellt hatte, aus dem Meiningerischen in den Weimarerischen Staatsdienst übertrat.

Der Gang der Verhandlungen in Berlin ist hinreichend bekannt. Nachdem Oesterreich den ungarischen Aufstand mit Waffengewalt unterdrückt und die Hände wieder für Deutschland freibekommen hatte, erhob sich drohend über dem in Bildung begriffenen engeren Bundesstaat die schwarz-gelbe Gefahr. Waghdorf kehrte am 20. August nach Weimar zurück, am 24. bemerkte er die Wirkung der „ungarischen Katastrophe“ auf die Verbündeten in Berlin, wodurch „neuerdings“ Sachsen und Hannover eine Stütze in Oesterreich erhielten. Eine Gefahr erblickte er darin noch nicht. Nach seiner Meinung würde Oesterreich nichts gegen das Dreikönigsbündnis unternehmen, würde „erkennen, wie viel größer seine innere Aufgabe ist, als der Rückblick auf Traditionen, die doch nur Traditionen sind.“ Auch als Seebeck bereits Ende August Schwierigkeiten andeutete, auf die man bei den Mittelstaaten stoße, erwiderte Waghdorf getrost, man möge „die von da zu erwartenden Mißstände doch ja nicht beachten“, da die Gefahren „nach unten“ viel größer seien als die „nach den Seiten.“ Waghdorf unterschätzte Oesterreichs Absichten. Da kam das österreichische Interim, der Vorschlag, in Frankfurt eine neue Zentralgewalt zu bilden. Waghdorf nahm ihn arglos hin, denn irgendwie, sagte er sich, mußte das Verhältnis zu Oesterreich staatsrechtlich geordnet werden. Seebeck aber erkannte die Gefahr augenblicklich und schrieb eilig — es ist eine Lust, seine klaren Berichte zu lesen — daß Oesterreich mit dem Interim nichts anders bezwecke, als die Bildung des engeren Bundesstaates zu vereiteln, daß „die Herstellung einer neuen Zentralgewalt mit der Eigenschaft einer förmlichen Bundesregierung“ geplant sei. Preußen käme als Mitglied beider Regierungssysteme in einen Widerspruch. Das Interim werde ausdrücklich als ein „unauflöslicher Verein sämtlicher deutscher Staaten“ bezeichnet, und wenn der Dreikönigsbund nicht zustande käme, brauchte das Interim, das am 1. Mai 1850 ablief, nur verlängert zu werden. Seebeck gab zu, daß nach der Abreise des Reichsverweisers von Frankfurt allerdings eine Behörde für die gesamtdeutschen Angelegenheiten da sein müsse, aber das könne und dürfe nur eine „Verwaltungsbehörde“ für „bestimmte und ausdrücklich namhaft zu machende Zwecke“ sein, „nicht in dem Umfang, wie die frühere Bundesverfassung“, sondern mit der ausdrücklichen Beschränkung auf die zunächst wahrzunehmende Sorge für Erhaltung des Friedens unter den einzelnen Bundesgliedern, Sicherung gegen Angriffe von Außen, Bundeswehrkraft, Bundesfestungen und Marine.“ Seebeck hatte über diese Frage auch eine „umständliche Besprechung“ mit dem preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn v. Schleinitz, der damit ganz einverstanden war, aber bezweifelte, daß Oesterreich Seebecks Ansichten billigen würde. „Er hob die Besorgnis hervor, berichtete Seebeck weiter von ihm, daß Oesterreich äußersten

Falles zur Regelung dieser, wie überhaupt der deutschen Angelegenheiten, auf einen europäischen Kongreß probozieren werde. Dies müsse Preußen vor allem zu verhüten suchen, da sich wohl nichts Schlimmeres für Deutschland ereignen könne, als daß seine Verfassungsangelegenheiten wieder unter Mitwirkung auswärtiger Mächte entschieden würde.“ Seebeck machte dem Preußen Mut, Schleinitz aber bemerkte ihm, daß die übrigen Staaten „nicht eben einen großen Eifer kund gegeben hätten, mit Preußen auch auf den Casus belli hin vorzugehen.“ Diese Worte waren nicht mißzuverstehen. Wagdorf hatte die Initiative Preußens überschätzt. Die Lage war nicht beneidenswert, denn wenn man die Gedanken folgerichtig weiterdachte, endete die große Aktion im Nichts. Was tun? Der Dreikönigsfrage treu zu bleiben, beschloß Wagdorf, weil die Verbündeten noch einen Trumpf in der Hand hielten: den Reichstag. Wagdorf betrachtete die Berufung des Reichstags als eine große „moralische Kraft“, als den Hebel, die schwerfälligen Massen doch noch in Bewegung zu bringen. „Sorgen Sie nur, so schnell wie möglich, für den Reichstag“, schrieb er an Seebeck. Da protestierten Sachsen und Hannover, mit der Absicht, das Ganze scheitern zu lassen, gegen den Reichstag. Wagdorf erblickte in dem Schritt der beiden Staaten einen „Rückzug nach alter Diplomatenweise“ und war überzeugt, daß der Austritt der beiden aus dem Bunde „ohne Perfidie“ nicht motiviert werden könne. Eine Beurteilung der Hannoverschen Rechtfertigung von Weimar aus lehnte er wegen Überarbeitung des Ministeriums ab. Aber er begnügte sich nicht damit, wie bisher bekannt war, unter allgemeinem Beifall der Verbündeten durch Seebeck gegen die Grundlage der ganzen Erörterung Verwahrung einlegen zu lassen; er gab Sachsen noch nicht auf, auch dann nicht, als der sächsische Vertreter Beschau Berlin verließ, oder vielleicht gerade darum nicht, weil er einen guten Teil der Schuld an dem Bruche ihm zuschrieb. Und dann drängte ihn ein Erlebnis, das ihn nicht wenig beunruhigte. Mitte Oktober machte M. André, der französische Gesandte an den sächsischen Höfen seinen Besuch in Weimar. Wagdorf hatte mit ihm ein Gespräch. Der Franzose hatte ihm „ganz offen“ gesagt, daß Frankreich augenblicklich Preußen „sehr ungünstig gesinnt sei und eine weitere Entwicklung der preussischen Pläne sehr ungern sehen würde“, hatte ihm einen „sehr engen Anschluß an Sachsen“ empfohlen und Wagdorf ihm erwidert, daß dies auch nach seiner Ansicht für Weimar „das Angemessenste“ sei, „aber freilich nur, wenn Deutschland in Preußen einen tüchtigen Vorstand erhalten habe.“ Das wollte der Franzose nicht zugeben; umso rastloser aber war Wagdorf in diesem Sinne tätig, mahnte Seebeck die Arbeit im Verwaltungsrat im Hinblick auf „alle Staaten“ zu fördern, um den Wiedereintritt Sachsens zu ermöglichen, „wenn dies auch erst nach dem Reichstag geschehen sollte.“ Er glaubte bestimmt Anzeichen zu haben, daß Sachsen bundestreu bleiben oder wieder werden wollte. Zweimal wurde er von Dresden aus „über mehrere das Bündnis betreffende Punkte“ angegangen, das eine Mal ihm auch noch versichert, man denke bei der sächsischen Regierung „an die Möglichkeit einer abermaligen Vertretung im Verwaltungsrat“, und schließlich angefragt, ob, da Herr v. Beschau ausscheide, irgend ein Bedenken dagegen sei, wenn Dresden und Weimar in Berlin gemeinsam vertreten würden. Wagdorf nahm die Frage absichtlich etwas ernster, als sie seiner Meinung nach gestellt war, und willigte ein, „sofern die sächsische Regierung nicht andere Hauptrichtungen verfolge als die diesseitige.“ Der getreue Seebeck, der um der guten Sache willen sofort bereit war, seine Stellung aufzugeben, da er in Dresden „wohl kaum persona grata wäre“, jauchzte in dem Weihnachtsbrief: „Wird Sachsen wieder mittätiges Bundesglied, so kann der Austritt aus den Reihen unserer Feinde so erfolgreich sein wie der Uebergang bei Leipzig im Jahre 13.“ Es brauchte ja nicht mit klingendem Spiel und fliegenden Fahnen zu geschehen. Mit Freude begrüßte Wagdorf den von ihm in diesen Gedankengang eingereichten Besuch des Prinzen Albert von Sachsen im Februar des kommenden Jahres am Weimarschen Hofe als den „Anfang eines natürlichen guten Vernehmens“ zwischen den Albertinern und Ernestinern, die „seit Menschengedenken“ einander nicht näher gekommen seien, aber die Schnelligkeit der sich auseinander entwickelnden Ereignisse der deutschen Geschichte überholte diese flüchtigen, leidenschaftlich verfolgten Gedanken. Sachsen und Hannover waren auf dem Erfurter Reichstag nicht vertreten.

Die Demokraten Weimars trauerten in Poesie und Prosa ihren begrabenen Hoffnungen nach und sangen im Herbst 49 nach dem Lied „Noch ist Polen nicht verloren“: „Laßt sie ziehn die Nachtigallen, nach dem weiten Meer hinab, laßt die welken Blätter fallen auf das große, öde Grab. Fliegt ihr Blätter schwarz-rot-golden, sturmgejagter toter Mai! Stürme gaben euch, ihr holden, Stürme bringen euch auch neu“. Das politische Barometer stand nicht auf Sturm. In den Zeitungen wurden die stenographischen Protokolle der Frankfurter Nationalversammlung, auf die man in brüderlicher Gemeinschaft von Haus zu Haus abonniert hatte, massenhaft als Makulatur verkauft, wurden beim großen Reinemachen in den Haushaltungen mit anderem Ballast die revolutionären Requisiten veräußert: „Kotzkehlen mit weißen Schwänzen und ein ehemaliger Demokratenhut sind billig zu verkaufen“. Der Mann aus dem Volke erbaute sich von Zeit zu Zeit an den rauschenden Worten des auch für weimarische Zeitungen schreibenden alten Arndt, der von dem „Weltherz“ und dem „Weltbild“ schwärmte, die dem Deutschen eigneten, der inbrünstig und unentwegt „den deutschen Gedanken dachte“ und weisagte, „was gedacht und immer wieder gedacht werde, das müsse schließlich einmal wirklich werden“. Aber es war doch nur ein schwacher Trost für die Republikaner in Weimar, wenn der Olympier Goethe zu seinem 100. Geburtstag ihnen nicht als Apoll im wallenden Dichterleide, sondern als Bürgerwehrmann mit dem Demokratenhute vorgeführt wurde, der beim Anblick Eckermanns in die Worte ausbricht: „Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde; unsere guten Chaussees und künftigen Eisenbahnen werden schon das ihrige tun“. Die Linke im Landtag begleitete die Vorgänge in Deutschland mit diesbezüglichen Anfragen, die über eine friedliche Demonstration nicht hinausführten. „Im Interesse der Menschlichkeit“ interpellierte der Abg. Schubert im Oktober wegen der „fortwährenden Ausübung des Standrechtes“ in Baden noch nach Unterdrückung des Aufstandes, im November der Abg. Dolch wegen des traurigen Looses der in den Kasematten von Rastatt gefangenen Thüringer, die „von Leibwäsche und Kleidern fast gänzlich entblößt“ und „fast alle nur mit alten badischen Monturstücken zur Bedeckung ihrer Blößen versehen“ seien. Am 9. November, dem Tage, an dem die standrechtliche Erschießung Robert Blums sich jährte, beschloß die vereinigte Linke von Fäde bis Fries einen Cypressenzweig auf seinem Grabe niederzulegen. Zu irgendwelchen Unruhen kam es in der Stadt nicht. Erst als der Bruch zwischen Preußen, Sachsen und Hannover in der Dreikönigssache offensichtlich wurde, mobilisierte die Linke wieder, kam es in Weimar zu einem dritten aussichtslosen Versuch, sich Preußen vom Halse zu halten. Natürlich war es wieder der Abg. Schüler, der den Angriff leitete; er faßte eben seine staatsmännische Tätigkeit als verantwortlicher Volksvertreter als einen privaten Akt persönlichen Hasses gegen Preußen auf, den er berufsmäßig ausübte. „Das Einzige, führte er sich diesmal ein, worauf ich in meiner öffentlichen Laufbahn mit Befriedigung zurückblicke, ist mein Kampf gegen die Hegemonie Preußens und bedauere ich aus einem Grunde, daß mir die Natur höhere Gaben und Fähigkeiten versagt hat, so ist es aus dem, weil ich mit so geringem Erfolg dagegen habe sprechen können“. Schüler beantragte, in dem Sinne, wie Sachsen und Hannover neue Verhandlungen mit „ganz Deutschland“ anknüpfen wollten, sollte auch Weimar die „deutsche Einheit“ nicht aufgeben; denn es sei „undeutsch“, mit Preußen allein zu gehen. So hat das Deutsche Reich schon vor seiner Geburt manchen guten Dienst geleistet. Wenn die Könige sich gegen die Einheit wehrten, entschuldigten sie sich mit ihm, wenn die Demokraten den Bundesstaat ablehnten, taten sie das Gleiche. „Schlimm, fügte Schüler nachdenklich hinzu, wenn Oesterreich ausscheidet, noch schlimmer, wenn Oesterreich mit Preußen einig wird“. So spielte er Oesterreich gegen Preußen, Preußen gegen Oesterreich, die beiden gegen die deutsche Einheit, diese gegen den Bundesstaat und gegen diesen Bundesstaat er, der Republikaner, der eigentlich jeden Einzelstaat, auch Preußen für überlebt hielt, den Partikularismus der Kleinstaaten aus: „Kleine Staaten sind das Bindemittel zwischen den größeren, der Mörtel, der die großen Bausteine nicht auseinanderfallen läßt“. Kein Geringerer als Bismarck hat sich diesen Vergleich in Bezug auf die konstruktive Bedeutung der Kleinstaaten in seinem Reichsbau ziemlich wörtlich angeeignet. Das Ideal Schülers war der „Brei“. So wie er aber dachten nicht alle. Die

Frage, ob Sachsen und Hannover gezwungen werden könnten, beim Bunde zu bleiben, war zu guter Letzt einem Schiedsgericht unterbreitet worden. Jeder fühlte wohl, daß ein Gerichtsverfahren in diesem staatsrechtlichen Fall nicht verdingt. Denn wer hätte Sachsen zwingen können, wenn es auf dem Standpunkt beharrte, den Reichstag nicht zu beschicken, obgleich es satzungsgemäß dazu verpflichtet war? „Das hieße nichts anderes, donnerte der Abg. Fries, als mit dem Schwert in der Hand das Evangelium der deutschen Einheit predigen“. Und klang gar so übel nicht. Wenigstens kann man beobachten, daß die Notwendigkeit dieses Gedankens infolge der Widerspenstigkeit Sachsens damals manchem einleuchtete, wenn auch noch keiner da war, der fähig gewesen wäre, ihn vernünftig zu begründen. Parteipolitisch organisiert machte er später einen Teil des Programms des Nationalvereins aus. Und wenn man hinzunimmt, daß dieser Verein schon Ende der 50er Jahre gerade in Sachsen-Weimar fest Wurzel faßte, können diese letzten Reden der Demokraten in der Dreikönigsaffäre, besonders auch wieder die Worte des geläuterten achtundvierziger Feuergeistes, des Abg. Enders, gar nicht beziehungsreich genug gedeutet werden: „Wenn wir Preußens Bestrebungen zur Zeit auch nicht unterstützen können, so will es mir doch rätlich bedünken, die Dynastie Hohenzollern in einer gegnerischen Stellung zu der Habsburgischen zu erhalten, und dies geschieht offenbar, wenn der preußische Reichstag zu Stande kommt.“ Bei dieser Gemütsverfassung des Landtags war ein Rücktritt Weimars von dem Bunde völlig ausgeschlossen. „Eine Rechtswidrigkeit, argumentierte Waidorf, läßt sich nicht von der Rechtswidrigkeit dritter abhängig machen“.

Die Wahlen wurden im Januar 1850 ausgeschrieben; in der ersten Klasse wählten die Männer, die bis 30 Taler, in der zweiten die bis 12, in der dritten, die weniger als das steuerten. Die Demokraten im Märzverein verzichteten auf die Mitarbeit und warteten mit Gewehr bei Fuß die Entwicklung der Dinge ab. Das Wahlgeschäft besorgte der „politische und konstitutionelle Staatsbürgerverein“, dem sich auf dem Lande mehrere Volksvereine angeschlossen. Besonders rührig waren die Großrudstedter und Schloßvippacher. Da wurden Vorträge gehalten, und die Lehrer sorgten dafür, daß sie in die Zeitung kamen. Die Großrudstedter, hieß es da, erblicken in der Republik der Idee nach allerdings die vollkommenste Staatsform, nicht aber der Wirklichkeit nach. Man könne, ging es weiter, auch im konstitutionellen Staat Demokrat sein und brauche die Preußen nicht zu fürchten, selbst wenn sie in Erfurt in der Uebermacht wären. Unter ihnen gebe es „nicht nur Gerlache, welche die schwarz-weiße Fahne vortragen möchten, sondern auch Beckerathe und Dyhrne, welche das schwarz-rot-goldene Banner aufrollen“ würden. „Leistet Arbeit in dem geschichtlich denkwürdigen Erfurt, wo gerade vor 1000 Jahren der erste König der Deutschen, Ludwig der Deutsche, den ersten deutschen Reichstag hielt“. Trotz alledem war die Wahlbeteiligung sehr gering, betrug in Weimar nur 20 %, anderwärts teilweise noch weniger. In diesen Zahlen kam doch mehr zum Ausdruck als der halbamtlich mitgeteilte Grund, daß ein Reichstag immer weniger Anklang und Verständnis finde als ein Landtag und die Wahlmännerwahl zwar den Vorteil habe, die Kämpfe weniger heftig werden zu lassen, daß sie aber lähmend auf die Wahlfreudigkeit einwirke. Die Leute waren durch die letzten zwei Jahre überzeugt worden, daß das deutsche Reich eine Sache sei, bei der nichts herauskomme, und der Ruf, der sie nach Erfurt beschied, war kein Schlachtruf, der das ganze Volk in seiner Tiefe zu einem Kampfe begeisterte, als dessen Siegesbeute ein Reich winkte. Bei der Wahl für das Volkshaus erhielt in Weimar der Staatsrat Bergfeld, in Jena Professor Fischer und in Eisenach Professor Weißenborn, der an unserer Schule angestellt war, die meisten Stimmen. Weißenborn war auch als Parlamentarier in Frankfurt gewesen. Im Landtage wurde Waidorf einstimmig zum Vertreter des Großherzogtums im Staatenhaus gewählt. „Jedenfalls gehe ich zum Reichstag, schrieb er an Seebeck, und freue mich, da einmal auf der entgegengesetzten Seite von der zu sitzen, auf welcher ich 6 Jahre lang viel Ärger gehabt habe“.

Die Nähe von Erfurt wirkte belebend auf Weimar. Während des Reichstags wurde zwischen Berlin und Erfurt ein Nacht Schnellzugspaar eingelegt. Die Zeitungen brachen mit einigen

bisherigen Gewohnheiten. „Mit den täglichen Reichstagsverhandlungen beginnt auch die tägliche Erscheinung dieser Zeitung“, schrieb die „Weimariſche“, und die „Revolution“ nahm den neuen Titel „Deutschland“ an, „um beim Eintritt eines neuen Abschnitts unserer Geschichte in manchen Landen und Städten, besonders denjenigen, welche sich im Belagerungszustand befinden — während des Reichstags war dieser über Erfurt verhängt worden — die Hindernisse zu beseitigen, die das Mißverständnis des bisherigen Titels veranlaßt hat“.

Einen Namen mußten die Tage haben, und so sprach man, mit einem Seitenblick auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika von einem Parlamente der Union. Nach der vorzüglichen Arbeit von Binding in der deutschen Rundschau 1911 ist darüber nicht viel Neues zu sagen. Wapdorf wurde die Ehre zu teil, im Staatenhaus mit überwältigender Stimmenmehrheit zum Vizepräsidenten gewählt zu werden. Die Verbündeten konnten sich bei der Paulskirche bedanken. Die soviel geschmähte Reichsverfassung lebte zum größten Teil in ihrem Entwurf wieder auf, der „ein sehr interessantes, aber wahrlich nicht sehr gesundes Mittelglied“ zwischen dem von 1849 und der norddeutschen Bundesverfassung bildet. Dieser Entwurf war dem Reichstag nur vorzulegen; Abänderungen, die etwa von den Parteien beantragt werden würden, sollten der Zustimmung der Verbündeten bedürfen; lehnte auch nur eine Regierung alle ab, so mußte das Reich nach der angenommenen Vorlage konstituiert werden.

Die Arbeit wurde schnell gefördert. Der Verfassungsausschuß des Volkshauses beantragte in seltener Einmütigkeit, die erklärlich wird, wenn man bedenkt, daß die eigentliche Linke durch die Wahl hinausballotiert worden war, die volle und unbedingte Zustimmung zu dem Entwurf; er gab zwar dem Verwaltungsrat einige Aenderungen anheim, war aber bereit, darauf zu verzichten, wenn das Staatenhaus sie nicht billigte. Zu dieser Einmütigkeit verhalf auch mit die Beforgnis, daß die Verbündeten drohten auseinanderzufallen, wenn die Verfassung nicht gleich in Bausch und Bogen angenommen wurde. Da tauchte mit einem Mal auf dem Reichstag der „ganz ungeheuerliche Gedanke“ auf, daß ihrer Annahme eine Revision vorhergehen müsse. Sie war mit einem Mal nicht preußisch genug. Die Preußen revoltierten. Der Abg. v. Bismarck hatte schon daran Anstoß genommen, daß er die Sitze, auf denen sie tagten — die Stühle trugen schwarz-rot-goldene Ueberzüge — mit Farben geschmückt sah, die, seinen Worten nach, nie die Farben des deutschen Reichs, wohl aber seit zwei Jahren die Farben des Aufruhrs und der Barrikaden gewesen seien, Farben, die in seinem Vaterlande neben dem Demokraten nur der Soldat in trauerndem Gehorsam trage. So unbequem dem Abg. v. Bismarck sein Sitz, so unbehaglich war den anderen Preußen ihre ganze Stellung. Von der wortreichen Hilflosigkeit des königlichen Vertrauten Radowitz bis zu der versteckten Drohung Manteuffels kam der plötzlich geweckte Widerstand der Preußen in einer der inneren Geschmeidigkeit und dem Temperament der Männer angemessenen Form immer stärker zum Ausdruck. Die amtlich nicht gebundenen Preußen machten schließlich offen Obstruktion. Sollte man ihnen noch einen Schritt entgegen kommen? Abändern oder annehmen? Oder umgekehrt? Oder beides zugleich? In Wirklichkeit verbarg sich hinter diesem Prioritätsstreit eine Machtfrage. Das Volkshaus beharrte dem Wortlaut des Bündnisses getreu bei der Annahme en bloc. Und die Preußen fühlten sich verletzt. „Meine Herren“, drohte der Abg. v. Bismarck, „wenn Sie dem preußischen, dem altpreußischen Geiste, nennen Sie ihn stoßpreußisch, wenn Sie wollen, nicht mehr Konzessionen machen, als bis jetzt in dieser Verfassung geschehen ist, dann glaube ich nicht an eine Verwirklichung derselben, und wenn Sie sich bemühen, diese Verfassung diesem Geiste aufzuzwängen, so werden Sie in ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Reiter und Herrn mit mutiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mit samt seiner schwarz-rot-goldenen Zäumung auf den Sand setzt.“ Der Riß war da. Im Staatenhaus wurde die drohende Gefahr erkannt; man war geneigt, entgegenzukommen. Tatsächlich wurde im Verfassungsausschuß dieses Hauses, in den auch Wapdorf gewählt war, der mehrfache Versuch gemacht, Preußen den Willen zu tun, die gewünschte Abänderung mit der vertragsrechtlichen Annahme der Verfassung irgendwie zu verknüpfen. Wir wollen, hieß es da, Preußen zuliebe revidieren, den revidierten Entwurf den verbündeten Re-

gierungen unterbreiten und Mitte Mai über das Ganze abstimmen. Wir wollen Preußen zu-
 liebe, hieß es weiter, Verbesserungsvorschläge beraten, im Staatenhaus die Verfassung en bloc
 annehmen, mit dem Volkshaus die neuen Vorschläge den verbündeten Regierungen unterbreiten,
 und soweit sie gebilligt werden, nachträglich verfassungsmäßig einführen. Wir wollen Preußen
 zuliebe, beantragte Wazdorf, im Staatenhaus beschließen, die Revision sofort zu beginnen, die
 Annahme der Verfassung aber nicht an die zu beschließenden Veränderungen binden. Wazdorf
 war also zu Konzessionen bereit und von den drei Vermittlungsvorschlägen durfte der seinige
 gewiß als der preußischste gelten. Wie kam er dazu? Die in immer größeres Dunkel sich
 hüllenden Absichten Preußens mit der Union konnten in Weimar nicht anders gedeutet werden,
 als daß einer, gewöhnlich Camphausen, in seinen Reden dafür sorgte, daß der Verkehr mit den
 Kleinstaaten nicht abgebrochen wurde, der listige Radowiz sie in das Bündnis gelockt und der
 feste Bismarck sie zur Unterwerfung zwingen wollte. Der Ausweg, den Wazdorf suchte, war
 der zwischen Radowiz und Bismarck hindurch zum König selbst; der aber war von dem Ab-
 geordneten im Staatenhaus nicht zu erreichen. Im ministeriellen Verkehr zwischen Berlin und
 Weimar war ein subtiler Gedankenaustausch möglich, der immer wieder bewies, wie nah man
 sich fühlte. Große Parteien aber brauchen einfache Marschbefehle und breite Heeresstraßen, auf
 denen sie sich vorwärts bewegen. Den Mittelweg, der von Wazdorf im Ausschuß vorgeschlagen
 wurde, wollte nur noch einer mit ihm gehen. Auch die beiden anderen Anträge zur Vermittlung
 fielen durch. Bald darauf nahm auch das Staatenhaus die Verfassung in Bausch und Bogen
 mit überwältigender Mehrheit an. Die Preußen waren überstimmt und verärgert und hätten
 am liebsten das ganze Unternehmen scheitern lassen. Der Abg. v. Bismarck berief sich dabei auf
 das ähnliche Schicksal des Reichstags Ludwigs des Deutschen, der von der Majorität gern mit
 viel Pathos zum guten Gelingen ihrer Sache heraufbeschworen worden war, den der König
 Ludwig aber, wie in der Thüringer Chronik von Spangenberg Fol. 92 buchstäblich zu lesen sei,
 nur darum in Erfurt abhielt, „um der Schinderei der Fürsprecher und Zungendreher, deren
 Anwesen damals in Deutschland unerträglich gewesen sei, ein Ende zu machen.“ So zürnten
 die Preußen. Daran änderte sich auch nicht viel, als die beiden Häuser unmittelbar nach der
 Annahme der Verfassung mit der von den Ausschüssen bereits vorbereiteten Revision begannen,
 wobei alle wesentlichen Wünsche der preußischen Regierung voll erfüllt wurden.

Wazdorf ergriff vor dem Hause noch zweimal das Wort, bei einer Wahlrechtsfrage und
 beim Budget. Das eine Mal handelte es sich um einen tiefen Eingriff in die Selbständigkeit
 der Einzelstaaten. Die Landtagswahlrechte sollten unter die Reichsgesetzgebung gestellt werden.
 Herr v. Manteuffel verriet, daß die preußische Regierung diese Bestimmung als eine „gemein-
 schaftliche Feuerordnung gegen revolutionären Brand“, als eine Handhabe zu benutzen gedenke,
 um die Wahlgesetze der kleineren Staaten konservativer zu gestalten. Es bot sich dabei für
 Wazdorf die erwünschte Gelegenheit, von Erfurt aus eine Rede nach Weimar hinüber zu halten,
 die ihm dort vor der Uebermacht Preußens einen ehrenvollen Rückzug sicherte. Lob und Tadel
 gerecht verteilend, zwischen Freisinn und Engherzigkeit hindurch steuerte er gerade auf den
 Bundesstaat los. Er bemerkte beiläufig, daß er, wenn neue Wahlgesetze vonnöten wären, die
 Wahlen für die Volksvertretungen wesentlich durch die Gemeinden erfolgen lassen und daneben
 die drei Faktoren, auf denen der Staat hauptsächlich beruhe, Wissenschaft, Handel und Industrie,
 gleichmäßig beteiligen würde. Das war ein Lieblingsgedanke Wazdorfs, der ihm jetzt den Dienst
 leistete, den Anschluß nach rechts ungesucht zu finden. Er führte weiter aus, daß was nicht
 freiwillig geschähe, unter Umständen zwangsmäßig eingeführt werden würde und bezeichnete in
 diesem Sinn die Reichsgesetzgebung für die Einzelstaaten sehr glücklich als „Sicherheitsventil“
 gegen einen Hochdruck in Preußen. Von allen Seiten wurden die schwersten Bedenken erhoben;
 ein Abgeordneter hatte gemahnt, man dürfe in dieser Weise nicht in die Einzelstaaten hinein-
 regieren, der Abg. Sybel warnt, daß man bei dieser Richtung auf dem besten Wege zum Ein-
 heitsstaate wäre. „Meine Herren“, sprach Wazdorf unter starkem Beifall, „beides ist falsch; wir
 haben hier einen Staat gründen zu helfen.“ Schließlich wurde in preußischem Sinne entschieden.

Das zweite Mal ergriff Wagdorf bei der Bewilligung der Staatsausgaben das Wort, die verfassungsgemäß beiden Häusern zustehen sollte; wenn sich eine Uebereinstimmung der Beschlüsse nicht herstellen ließ, sollte für diesen Fall der des Volkshauses maßgebend sein. Wagdorf hatte bei der ersten Beratung gegen den Antrag gestimmt, nahm jedoch unter allgemeinem Beifall sein Wort zurück, weil er sich durch die Aussprache überzeugt hatte, daß seine früheren Gründe dagegen nicht stichhaltig gewesen wären; er fürchtete nämlich, wenn er die Tradition der Fürstenhäuser und den Selbsterhaltungstrieb der Ministerien recht bedachte, daß gerade in dem Staatenhaus, wo „naturgemäß“ der Partikularismus der Dynastien stark vertreten sein würde, mit der Verweigerung des Budgets ein Druck auf die Oberleitung ausgeübt werden könnte, den er nicht wünschte. Diese Auffassung war ein glänzender Beweis der Selbstverleugnung; es war eine nationale Tat, dafür einzutreten, daß der Regierung, die an die Spitze der Nation trat, jene Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit gesichert wurde, ohne die ein gedeihliches Regiment nicht möglich gewesen wäre, Preußen vor den Belästigungen der großen und kleinen Souveränitäten Deutschlands zu bewahren. Bei hinreichend oberflächlicher Betrachtung könnte man versucht sein, das Staatenhaus von damals mit dem Bundesrat von heute und das Volkshaus in Erfurt mit unserem Reichstag zu vergleichen. Ohne dem vaterländischen Empfinden der Reichstagsabgeordneten irgendwie nahe zu treten, wird man doch sagen dürfen, daß gerade der Bundesrat durch Bismarck eine der festesten Stützen des Reichsgedankens unter Preußens Führung geworden ist. Der Unterschied mit der Union springt in die Augen. Alles in allem wird man urteilen müssen, daß die Erfurter Lust Wagdorf wohlthat. Die Verührung mit den wetterfesten, stahlharten Preußen mußte auf ihn wirken. Im Hinblick auf die freudige Bereitwilligkeit, sein Landtagswahlrecht unter preußische Tutel zu stellen, könnte man vielleicht sogar sagen, daß die Teilnahme an dem Reichstag für seine politischen Nerven so etwas wie ein mehrwöchentlicher Aufenthalt in einem Stahlbad bedeutete. —

Der Reichstag wurde in freundlicher Weise verabschiedet. Der König von Preußen hatte nun die beschlossenen Abänderungen den verbündeten Regierungen vorzulegen; lehnte auch nur eine ab, so mußte das Reich nach dem angenommenen Entwurf konstituiert werden. Einem Vorschlag des Herzogs von Coburg gemäß, hatte Friedrich Wilhelm IV. beschlossen, die Frage den Fürsten und ihren Ministern am 10. Mai in Berlin vorzulegen. Der Großherzog Carl Friedrich war mit Wagdorf am 8. Mai gereist. Der Fürst hatte gern seine Tochter bei sich gehabt, die ihn in Berlin einholte, nachdem sie in Weimar einige Tage ausgeruht, wo sie im elterlichen Hause „vielfache teilnehmende Erinnerung an die große Zeit des Erfurter Parlamentes und der Besuche, welche von dort aus das kleine Weimar erfreuten“, — Simson, Sager und Dahlmann waren bei Hofe gewesen — vorgefunden hatte. Frohe Tage verlebte Wagdorf in Berlin nicht. In Erfurt hatte man, dem König von Preußen zuliebe, vier Wochen lang ausgebeffert, jetzt empfing dieser König die Fürsten mit den Worten: „Ich rede keinem der verbündeten Herren zu, dem Bündnis treu zu bleiben“. Wenn Preußen die Absicht hatte, die Union aufzugeben, brauchte es nicht einen feierlichen Akt zu veranstalten, der die Blicke aller Welt nach Berlin lenkte. Der erste Eindruck war niederschmetternd, das Ergebnis kläglich. Auf die Frage des Königs, ob die verbündeten Regierungen bei der Union bleiben wollten, blieben die meisten, und unter ihnen auch Weimar dabei. Ob diese Bundesstreue der Kleinen immer nur Selbsterhaltungstrieb war? Die Preußen stellen es gern so dar. In diesem Fall war die Anhänglichkeit mehr; sie enthielt die Zumutung des kleinen an den großen Bruder, einen Bund, den er selbst angezettelt hatte, auch zu schützen. Die Verwirklichung der Unionsverfassung bedeutete — darüber war sich jeder klar — einen Bruch, im Ernstfall den Krieg mit Oesterreich. Der König wußte das auch und hatte weiter geäußert, er verarge es keinem der Herren, wenn er aus Rücksichten der Landeswohlfaht die Gefahr eines Krieges nicht laufen wolle und aus dem Bündnis schied. War es bei Männern wie Wagdorf wirklich ein so großer Fehler, daß er schon damals Preußen für so stark hielt, wie es war? Die Herren blieben. Wagdorf war es nicht unangenehm, den König in dieser Verlegenheit zu sehen. Wie hätte man ihn sonst drängen können?

Aber so war dieses Preußen! Während es in Erfurt noch an der Union mitarbeitete, verhandelte es schon wieder mit Wien. Den Bundesstaat untergrub es mit dem Bundestag, Berlin wurde von Frankfurt aus unterminiert. Wenn man drängte: gib Oesterreich auf!, so hieß es: das kann ich nicht, sonst erbarmt sich Europa des deutschen Reiches, und dann ist alles aus. Wenn man drängte: führe Krieg!, so sagte es: ihr laßt uns im Stich! oder deutete an, wenn man sich den Bund etwa als Waffe gegen einen Feind gedacht hätte, täte man besser, man trete aus. Feine Stillisten, wie Meinecke, haben nicht ohne Glück versucht, die preußische Politik auf dem Berliner Fürstentag zu verteidigen. Aber war es nicht lächerlich, wie Binding mit Recht urteilt, wenn in den Ministerkonferenzen die Annahme der revidierten Verfassung an der Großmacht Mecklenburg-Strelitz scheiterte? Und liegt nicht ein schwerer Vorwurf gegen Preußen in den Worten, die Prinzessin Augusta nach Weimar schrieb, daß der Großherzog von Oldenburg, der Herzog von Braunschweig und der von Coburg-Gotha die „drei Pfeiler“ der Union bildeten? Alle Entscheidungen wurden vertagt. Preußen folgte mitten aus den Verhandlungen der Einladung Oesterreichs zu einem Frankfurter Kongreß auf den 16. Mai, nachdem es seinen Verbündeten noch das Versprechen abgenommen hatte, auch wirklich zu kommen. Nach einem erneuten Wohnungswechsel sollte die deutsche Frage auf einige Zeit wieder in Frankfurt erörtert werden. „M. de Watzdorf“, schrieb Augusta, „et ses collègues les plus importants paraissent abattus et non satisfaits, mais non pas découragés.“

Non pas découragés! Was Preußen in Frankfurt mit seinen Verbündeten vorhatte, wußte niemand recht zu sagen. Wenn man ihm das Beste zutraute und das Geschick, wenigstens etwas Gutes fertig zu bringen, konnte Watzdorf sich sagen: Preußen hat in Erfurt und Berlin die Union soweit gefördert, wie es den Umständen nach möglich war; eine kriegerische Auseinandersetzung mit Oesterreich hat es nicht gewünscht; jedenfalls geht es nach Frankfurt, um das einmal verfolgte Ziel durch Staatskunst friedlich zu erreichen. Und wirklich schien es, als ob die Sache jetzt von langer Hand vorbereitet werden sollte. Man wollte in Berlin eine Antwort des Zaren abwarten, ehe die Arbeit in Frankfurt aufgenommen wurde. Mit der Drangabe jedes preußischen Rechtes und der Preisgabe aller deutschen Hoffnungen auf Schleswig-Holstein, hoffte der König von Preußen zu erwirken, daß Rußland neutral bliebe, wenn Oesterreich ihn wegen der Union angriff. Der Zar war mit der Aufgabe der Herzogtümer sehr einverstanden, erklärte aber, daß er in der deutschen Sache gegen den Angreifer, wer er auch sei, die Waffen ergreifen werde. Bis zum Eintreffen dieser Antwort hatten die Vertreter ihre Abreise nach Frankfurt verschoben. Lohnte die Fahrt jetzt noch? Watzdorf hatte an der Schärfe des preußischen Schwertes nicht zweifeln wollen, er lernte es an Preußens Staatskunst. Am liebsten hätte er jetzt dem Bunde den Rücken gekehrt, wußte nur nicht, „wie die Großherzogl. Regierung es beantworten sollte, jetzt einen anderen Weg einzuschlagen.“ Auch Seebeck war amtsmüde und fragte bescheiden an, ob er nicht besser jetzt aus dem Dienst der Union entlassen werde. Schließlich ging er auf Watzdorfs Bitten doch, und er war der Mann, der Weimar mit Würde vertrat. Aber in der Luft, die dort herrschte, mochte er nicht atmen. Diplomaten kleinsten Formates spielten sich als Staatsmänner auf: einer aus Hessen erklärte ihm, die beiden Hessen würden zwischen Oesterreich und Preußen vermitteln, indem sie Preußen veranlaßten, die Erfurter Verfassung aufzugeben; dann werde auch Oesterreich im Hinblick auf die deutsche Zukunft nicht mehr auf dem alten bundesstaatlichen Standpunkt verharren und werde neben einem Direktorium als oberste Bundesbehörde an der Spitze des deutschen Reiches ein deutsches Parlament, wenn auch nur mit „consultativem Recht“ berufen. In Preußen sei die Entwicklung zu weit gegangen, der König werde trotz seines Eides von selbst von der Verfassung zurückkommen. „Darauf entrollte er mir“, schrieb Seebeck weiter, „auf mein fortgesetztes Fragen und Zweifeln ein reaktionäres Tableau mit Staatsstreichen und Bildungsreformen, wie es mir bis jetzt noch nicht vor Augen gekommen war. Denn der Rückzug hielt nicht beim Jahre 1848 an, auch nicht beim Jahre 1815, oder sonst einem dieses oder des vorigen Jahrhunderts, sondern er führte endlich mit einigen scharfen Bemerkungen über unseren Protestantismus und die daraus erwachsene allgemeine

Bildung bis zum Jahre 1517." Seebeck riet, die Verhandlungen, die nun schon in den zweiten Monat verschleppt wurden, unter diesen Auspizien überhaupt nicht zu beginnen, um so vielleicht die Union „als den einzigen, schon geordneten Verein“ noch zu retten. Waghdorf schrieb darüber an Schleinitz, der ihm ziemlich naiv bestätigte, daß auch er die „unwürdige Stellung“ in Frankfurt empfinde, wo man „uns“ gewissermaßen „vor der Tür stehen lasse“. Sie waren beisammen und konnten nicht aneinander kommen. Danach drohte Waghdorf mit der Abreise Seebecks, wenn der „definitive Abschluß der Union“ nicht unverzüglich erfolgte. Es half alles nichts. Der ganze Sommer ging darüber hin. Waghdorf reiste, auf eine Anfrage von Berlin aus dahin beruhigt, daß die deutschen Zustände „noch auf längere Zeit“ unentschieden bleiben würden, zur Erholung nach Helgoland.

Da ergriffen die Großmächte das Wort. Oesterreich machte Preußen den verführerischen, und darum so gefährlichen Vorschlag, die zwischen ihnen schwebende Streitfrage durch einen Vergleich aus dem Wege zu räumen. Der König sollte die Union aufgeben, dafür werde der Kaiser sich mit ihm in gleichen Teilen in die deutsche Vorherrschaft teilen. Man hatte in Weimar keinen Grund, sich über die Gefühle den Kopf zu zerbrechen, mit denen der Vorschlag in Berlin entgegengenommen wurde. Es genügte, daß Waghdorf von „Unstimmigkeiten“ erfuhr, die darob im preußischen Ministerium entstanden waren. Der König war vor eine schwere Entscheidung gestellt, die gerade deshalb ganz danach angetan war, lange verschleppt zu werden. Da beschleunigten die Dinge in Kurhessen den Gang der Ereignisse. Der Kurfürst hatte sich wegen einer Geldfrage mit seinem Volk und Landtag überworfen und wendete sich, da er bei der Union keine Aussicht hatte, recht zu bekommen, an den — Bundestag. Mit einem Schlag war er wieder da. Oesterreich tat, als ob er bereits wieder hergestellt sei — was den König erbitterte — und der Bund nahm sich des Kurfürsten an. In dem Augenblick, wo die Parole hieß: Unter Oesterreichs Führung gegen Preußen, funktionierte der Apparat wieder, als ob er nie außer Gebrauch gewesen wäre. So stand Kaiser gegen König, die Union gegen den Bund. Was sollte Weimar tun? Im Ernstfall neutral bleiben und die Union lösen? War das Großherzogtum in Gefahr? Sicher, wenn es mit bestegt wurde. Waghdorf war vor eine der schwersten Entscheidungen seines Lebens gestellt. Man wäre heute geneigt, zu fragen, ob der Thüringer, der in einem sich aus der kurhessischen Streitfrage entwickelnden Bruderkrieg bei Jülda oder bei Kassel gefallen wäre, den Heldentod für die Gründung des deutschen Reiches starb, das sich einst aus der Union heraus schaffen lassen würde. Der deutsche Reichsadler als Wappen der Union wäre nicht gegangen; der war am lebendigen Leibe bis auf die Schwanzfedern gerupft, seit auch noch die beiden Hefen abfielen und damit der badische Landsegen lose in der Luft hing. Die Dinge trieben einer Auflösung zu; es war eine klägliche Zeit. In Preußen schob man die Schuld an dem Zerfall der Union auf den vergiftenden Einfluß von Leuten wie Bismarck, der mit beißendem Spott, aber unerbittlicher Wahrheitsliebe den Vorwurf damit zurückwies, daß er augenblicklich in der ebenso seltenen wie angenehmen Lage sei, niemand vergiften zu wollen, namentlich seit unter seinen dermaligen politischen Feinden die Neigung zum Selbstmord eine befriedigende Verbreitung finde. Trotzdem zweifelte Waghdorf keinen Augenblick, an Preußens Seite zu bleiben. Am 22. August war der Prinz von Preußen in Weimar, der ihm den Zwiespalt im preußischen Ministerium bestätigte, „wiederholt auf das entschiedenste“ versicherte, daß es der „feste Wille“ seines königlichen Bruders und seiner selbst sei, das „Unionsprinzip“ aufrecht zu erhalten, aber zugab, daß dies allein „die Gefahren für die kleinen Staaten“ nicht beseitige. Weimar blieb dennoch unionstreu. Diese Entscheidung ehrt Waghdorf. Man hat ihn oft falsch beurteilt, gemeint, er sei zwar ein glühender Anhänger der deutschen Sache gewesen, aber nur solange als friedlich verhandelt wurde. Als es dann „mit Blut und Eisen“ losging, hätte er nicht mehr mittun wollen. Die Geschichte dieser Tage beweist, daß er selbst bei einem geringen Anlaß — das war der kurhessische Streit — bereit war, das Schwert, oder sagen wir in Weimar, den Säbel zu ziehen, wenn es unter Preußens Führung galt, für eine deutsche Sache einzutreten.

Am 24. September erklärte Radowiz im preußischen Ministerrat die Beschlüsse des Bundestags in der hessischen Sache für ungesetzlich. War das der Krieg? Das Bundesheer stand zum Einmarsch in Hessen bereit. Da hieß es wieder, der kluge Radowiz habe noch einmal vermittelt, der hessische Handel solle zwischen Preußen und Oesterreich allein geordnet und davon getrennt die deutsche Frage auf „freien Konferenzen“ aller deutschen Regierungen weiter erörtert werden. Es war eine Schreiberlei ohne Ende. Seebeck war am Ende seiner Kräfte, da er „in dieser kritischen Zeit“, wo sich „der innerste Gehalt und die feinsten Nuancierungen der Ansichten“ offenbaren mußten, „die Feder in Aufsätzen und Berichten bis zur Ermüdung zu führen habe.“ Von Preußen war nur zu melden, daß es „neuerdings“ nach dem Abschluß eines „weiteren“ Bundes mit Oesterreich daran denke, „die Union zu modifizieren.“ Für Weimar war die Lage verzweifelt, mit Worten, und wenn sie noch so geistreich waren, ihm nicht mehr geholfen. In allernächster Nähe, in Erfurt, begannen Truppenzusammenziehungen, das Eisenacher Oberland lag auf dem Weg der Bundesstruppen nach Hessen: Und Preußen beabsichtigt, wenn der „weitere“ Bund mit Oesterreich, das bereits das Schwert aus der Scheide zog, zu stande gekommen wäre, die Union zu modifizieren. Wagdorf berief eine Thüringische Ministerkonferenz nach Gotha. Was tun? Abwarten, was Preußen tut. Was tat Preußen? Abwarten, was der Zar in Warschau sagte. Die Verbündeten erfuhren von den dortigen Verhandlungen nichts, waren nur auf Vermutungen angewiesen. Wagdorf beobachtete nur, daß ein erst auf 4000 Mann berechnetes Observationskorps im Eisenacher Oberlande auf 12000 Mann verstärkt wurde. Er selbst wartete auf den Befehl zur Mobilisation, umsomehr als die Preußen die vereinbarten Vergütungen an die armen Leute des IV. Verwaltungsbezirktes nicht bezahlten und vor der Mobilisation der Krieg nicht in Feindesland getragen werden konnte. Am 1. November 1850 überschritten die Bayern die hessische Grenze, am 2. lehnte die Mehrheit des preußischen Ministeriums die Mobilmachung ab. An dem ersten Tage, wo Preußen auf Grund des Bündnisses verpflichtet war, Weimar zu schützen, kündigte es ihm, wenn auch nicht formell, so doch faktisch den Vertrag. Wagdorf war von dem Beschluß „sehr unangenehm“ berührt: „Bayern rückt vor, Sachsen ruft seine ganze Armee unter die Waffen, diesen Tatsachen gegenüber frage ich mich, ob sich Preußen der Verpflichtungen erinnert, welche ihm gegen seine Bundesgenossen, namentlich gegen die ganz exponierten Thüringischen Kleinstaaten obliegen?“ Seebeck wurde beauftragt, die Frage an geeigneter Stelle zu tun. Am 5. November nachmittag 5 Uhr erhielt das Regiment des Prinzen von Preußen Marschorder nach Eisenach. Am 6. erwirkte Manteuffel, der Radowiz im Amte gefolgt war, den Befehl des Königs zur Mobilmachung; am 8. standen sich die Preußen und Bayern bei Fulda feindlich gegenüber. Vergebens wartete Wagdorf auf Befehle für das Weimariische Kontingent, schrieb am 9. nach Berlin, daß „bereits vor einigen Tagen“ alle Vorbereitungen getroffen wären, und veranlaßte Seebeck, dem Minister Manteuffel mitzuteilen, man wäre in Weimar nicht überrascht gewesen, „wenn die Veranlassung, mobil zu machen, schon gegeben worden wäre.“ Die Gerüchte von einem blutigen Zusammentreffen bei Fulda bestimmten Wagdorf, am 10. die Beurlaubten des Eisenacher Bataillons einzuberufen, weil zu befürchten war, daß die von Coburg nach Kurhessen ziehenden Truppen das Eisenacher Oberland besetzen würden. Am selben Tage verbreitete sich das Gerücht in Weimar, die Preußen seien zurückgeworfen worden und ständen wieder auf Weimarischem Gebiet. Die „Frankfurter Abendpost“ verschlimmerte die üble Nachricht dahin, daß die Preußen „freiwillig“ auf ihre Etappenstraßen zurückgegangen seien. „Das würde einem abermaligen Systemwechsel sehr ähnlich sehen, schrieb Wagdorf an Seebeck, und hat mich deshalb sehr besorgt gemacht, denn so sehr ich auch meine, daß auf Seiten eines preußischen Ministers jetzt, nachdem die ganze Nation aufgerufen worden, mehr Mut dazu gehört, keinen Mut zu zeigen, als zum Gegenteil, so giebt es doch Naturen, welche für gewisse Auffassungen ganz unzugänglich sind und ich glaube, hierzu gehört auch Herr v. Manteuffel, dem man den Vorwurf der Schwäche des Charakters doch nicht machen kann.“ Wagdorf ist gereizt; er möchte den Mut bewundern, der in Preußen dazu gehörte, unter dem Gelächter der deutschen Bündler den Degen wieder einzustecken. Aber jedes andere Gefühl ver-

stimmte vor der Gewißheit: Preußen gibt uns auf. Der Rückzug des Herrn von der Gröben bestätigte sich, die Preußen gingen wieder auf Weimarisches Gebiet, das nicht nur besetzt wurde, sondern auch weiter bedroht blieb. Hätte Preußen zu rechter Zeit die Thüringischen Staaten, namentlich Coburg mit starken Korps besetzt, so wäre nach Wagners Meinung der Krieg sofort in Feindesland gespielt worden, während jetzt die genannten Staaten binnen wenig Tagen von Altenburg an bis zur hessischen Grenze bei dem weimarischen Geisa vollständig von Bundes-
truppen eingeschlossen sein würden. „Wir bringen für den großen Zweck gewiß alle bereitwillig Opfer, aber es verletzt tief, wenn man sich sagen muß, daß man derselben hätte überhoben werden können, sobald die eignen Freunde ihre Pflicht und Schuldigkeit etwas ernster genommen hätten.“ Bald führte die Zusammenpferdung großer preußischer Truppenmassen im Oberlande zu unerträglichen Verhältnissen. Statt jeder Antwort auf eine diesbezügliche Anfrage kam aus Berlin die amtliche Mitteilung, daß der König von Preußen am 15. November die Verfassung der Union aufgegeben habe. Baden, Nassau und Mecklenburg-Schwerin erklärten darauf die Union für sich als abgetan; es wurde immer gefährlicher, bei Preußen zu bleiben, aber Weimar blieb. Wagner hoffte immer noch auf den Krieg. Wenn das preußische Schwert erst aus der Scheide flog — die Etappenstraßen nach Hessen wurden von den Preußen verrammelt, das Bundesheer war im Anmarsch. Oesterreich stellte am 25. das Ultimatum, binnen 48 Stunden den Weg nach Kassel freizugeben. Preußen soll wissen, daß Weimar nicht wankt; schnell eilt die Nachricht nach Berlin: Weimar beharrt auch ohne die Verfassung beim Bündnis und erwartet Befehle — der paar Soldaten wegen wars nicht — die aber kamen nicht, sondern Preußen ging nach Olmütz. Oesterreich brauchte sich nicht zu bemühen, Preußen im offenen Felde zu schlagen; es erlag seiner Staatskunst: so sprachen die Feinde Preußens. Der Preußenfreund Wagner urteilte: Preußen hätte seine diplomatische Niederlage mit dem Schwerte heilen können. Natürlich wurde alles getan, den Jammer zu verhüllen. Die besten Preußen suchten in ohnmächtigem Zorn nach einer Entschuldigung. Bismarck, der vielgewandte, hieb seinen Landsmann und Gesinnungsgenossen Manteuffel heraus. Der Prinz von Preußen vergaß einen Augenblick die „stille und redliche stetige Verständlichkeit“, mit der er sonst ganz für sich und immer treffend zu urteilen pflegte, und eignete sich vorübergehend das übliche Bild vom Panther an, der sich duckt, um zum Sprunge auszuholen. Weimar konnte nicht anders als abwarten, was er für Sprünge machen würde. Augenblicklich war die Verbindung nach Berlin unterbrochen. —

In jedem guten Trauerspiel wird im vierten Akte die Katastrophe noch hinausgeschoben. In diesem Sinne war Olmütz eine Vorbereitung auf Dresden. Preußen folgte Oesterreich zu den „freien Konferenzen“ dahin, in der Hoffnung mit ihm im Wege des Vertrages bei dem zu erneuernden Bundestag gleichberechtigt zu werden. Oesterreich lud Preußen nach Dresden, mit der festen Absicht, das zu verhindern. Man mußte sich in Deutschland allmählich in den Gedanken schicken, daß die Entwicklung der deutschen Geschichte in den letzten beiden Jahren so gut wie nicht geschehen war. Deshalb wäre Wagner am liebsten gar nicht nach Dresden gegangen. Er kam in Briefen immer wieder darauf zurück. Die Ahnung beschlich ihn, die Verhandlungen könnten leicht zu einem Bruch mit Preußen, zu einer „Lösung der zeitlichen formellen Verbindung“ führen, was er durchaus vermeiden wollte. Es verlautete auch nichts, ob Preußen den „Unionsgedanken“ mit auf die Konferenzen bringen, ob die Staaten, die mit ihm zu gehen beabsichtigten, von seinen Plänen im voraus verständigt werden würden — Seebeck ging — und dann empörte sich alles in ihm bei dem Gedanken, neuerdings an der Inthronisierung der österreichischen Macht in Frankfurt mitzuwirken. Da liefen die beiden Einladungsschreiben von Preußen und Oesterreich in Weimar ein. Wagner konnte nicht absagen, mußte sogar selbst nach Dresden, da Preußen „wenn auch nur auf kurze Zeit“ die Ministerialvorstände dort sehen wollte. Er hätte sich mit seinem Thüringer Anhang dort schnell beliebt machen können, wenn er mit den Sachsen und Hannoveranern, Bayern und Württembergern wie Oesterreich es wünschte eine neue Machtgruppe der Mittel- und Kleinstaaten mitgebildet hätte, um die Bewegungsfreiheit Preußens zu hemmen. Deutschland eine Trias? So etwas war beabsichtigt. Solch ein „drittes

Deutschland" aber, das fühlte mancher in Weimar, wäre die „organisierte Gerissenheit" gewesen. Einen Ausweg aus dieser Verlegenheit wußte freilich niemand. Auch Stiehling nicht, der spätere Weimariische Minister, der in einem im Dezember 1850 verfaßten Schriftchen die öffentliche Meinung im Großherzogtum bis in die Hofkreise hinein am besten wiedergab. Auf dem Wege der Zolleinigung, urteilte der anonyme Verfasser, habe Preußen, auf dem Felde staatsrechtlicher Politik Oesterreich im Laufe des letzten halben Jahrhunderts „eine Art ungeteilten Miteigentums" an Deutschland erworben. Jetzt könnte der nächste Schritt vorwärts, wenn überhaupt einer getan werden sollte, nur zu einer „Art geteilten Miteigentums", zu einer geographischen Abgrenzung des etwa in der Bundesexekutive sich ausprägenden Dualismus Oesterreichs und Preußens führen. Wenn aber Friede das Lösungswort der Großmächte in Dresden sei und bleiben müsse, dann wäre die Bundesverfassung von 1815 als eine „equilibristische Notwendigkeit" das nach allen diesen Rücksichten „allein Mögliche." So dachte aber Wagnard nicht. Ueberwältigt von dem deutschen Berufe Preußens trat er auch nach den bitteren Erfahrungen in Dresden wieder auf Preußens Seite. Er stand damit in seiner näheren Umgebung allein. Es liegt eine gewisse antike Größe darin, wie der schlichte Mann, unbekümmert um Wind und Wetter fremden Urteils und unempfindlich gegen den Sonnenschein öffentlicher Meinung stets dabei blieb: Oesterreich ist der Feind. Gewöhnlich verfährt man mit den Kleinstaaten sehr kurz. Weil die Kleinen gefürchtet hätten, heißt es da, um ihre Selbständigkeit zu kommen, darum wäre ihr ganzes Sinnen und Trachten in Dresden auf den alten Bundestag gerichtet gewesen. Es ist kaum glaublich, wie mit den Worten Annexion und Mediatisierung in der Geschichte vor und in den Geschichtsbüchern nach 1866 gespielt wird. In Wirklichkeit kann man beobachten, daß der Appetit in den mittelstaatlichen Ministerien immer größer war als der Hunger. Daß Wagnard aus Besorgnis für sein Großherzogtum von Dresden nach Frankfurt geflüchtet sei, ist nachweislich nicht wahr.

Oesterreich schlug mit Umgehung der Kleinstaaten in Dresden als Exekutivbehörde ein Direktorium von 9 Stimmen vor, wobei es selbst über 6 sicher verfügte. Preußen sah sich benachteiligt und plädierte für das ihm günstigere Stimmenverhältnis des alten Bundestages. Die Kleinen aber schlugen Lärm und besorgten das so gründlich, daß sie sich 2 Stimmen erzwingen, die auch Preußen zugute kamen. Trotz der nun 11 Stimmen behielt Oesterreich mit seinen 6 immer noch die unbedingte Mehrheit. Preußen tritt also nicht, wenn es für den alten Bundestag plädierte, für Weimar. Ja, es bat sogar um Hilfe gegen Oesterreich. Oder wie soll man verstehen, wenn der Prinz von Preußen am 23. Januar 1851 bei einer Unterredung mit Seebeck äußerte, daß die 11 Stimmen „in der neuerlichst projektierten und vorerst auch von Preußen unterstützten Form, für letzteres mindestens ebenso nachteilig wäre, als für die kleinen Staaten", und dabei „mit Lebhaftigkeit" die Hoffnung aussprach, daß diese sich das Verdienst erwerben würden, den Plan ihrerseits zu hintertreiben und das durch die früheren Bundesgesetze normierte Stimmenverhältnis aufrecht zu erhalten? Das Recht stehe ihnen zur Seite und das Berliner Ministerium werde hoffentlich noch einsehen lernen, daß mit der Wahrung dieses Rechts auch das preußische Interesse gegen Benachteiligung geschützt werde. Der Prinz meinte, Weimar solle kräftig den Mecklenburgischen Vorschlag unterstützen, der dahin ging, die Exekutive Oesterreich und Preußen allein zu vindizieren. Wagnard ging noch einmal für Preußen ins Feuer, wenn auch die Kleinen allein nicht durchzudringen vermochten. Da geschah das Ungeheuerliche. Der preußische Vertreter unterstützte sie nur lau; es war verlorene Mühe, die Elfer gingen durch. „Daß Preußen, schrieb Wagnard in seiner Ratlosigkeit, sich unser nicht viel energischer angenommen hat, ist freilich nicht zu erklären, wenn man nicht an einen Fatalismus für die Völker glaubt. Ich neige mich zu diesem Glauben, und bin deshalb der Meinung, daß das so kommen mußte, um Preußen den Beweis zu erbringen, daß es nur mit Deutschland groß sein könne und daß Deutschland zu groß — in jedem Sinne des Wortes — zu groß sei, um dem König von Preußen nur als Thema für einige Reden zu dienen". Wenn sich jemand gegen den alten Bundestag wehrte, dann waren es die verantwortlichen Herren aus dem Weimariischen Kreise. Wagnard mußte notgedrungen einsehen lernen, daß gegen die österreichische Macht, der die preu-

ßische bereits untergeordnet erschien, nichts mehr auszurichten war. Darum lehnte er es ein zweites Mal ab, die „Opposition“ zu übernehmen. Der Prinz von Preußen hatte auf dem Umweg über Wagdorf auch einen „entschiedenen Widerspruch“ gegen den Eintritt von Österreich in den neuen deutschen Bund gewünscht. So lange die Aussicht bestanden, urteilte der Prinz, einen engeren Bundesstaat ins Leben zu rufen, wäre die Bildung eines „weiteren“ Bundes mit dem ganzen Oesterreich unbedenklich und vorteilhaft gewesen; seit Oesterreich und seine Verbündeten aber jede bundesstaatliche Anierung innerhalb des allgemeinen Staatenbundes für unduldbar erklärt, drohe die Gefahr, daß mit der Festigkeit und Breite seiner Stellung an der Spitze des deutschen Bundes jede Rücksicht Oesterreichs schwinden und seine Herrschsucht ins Ungemessene wachsen werde. Die Uebereinstimmung des weimarischen Ministers mit dem künftigen deutschen Kaiser war in diesem Fall eine vollkommene, jeder Widerstand aber aussichtslos: „Wir haben, schrieb Wagdorf nach Berlin, schon durch die Unionstreue den ganzen Haß der damaligen Machthaber auf uns gezogen, sind daneben in andern Fragen der Dresdener Konferenz, z. B. wegen Bildung der Exekutive genötigt, diesen Haß durch pflichtmäßigen Widerspruch zu vermehren und haben in jener weniger einfachen Frage gewiß einen unhaltbaren Standpunkt, wenn Preußen und alle Mittelstaaten, selbst die Hessen und Baden nicht ausgeschlossen, geneigt sind, den Eintritt der österreichischen Gesamtmonarchie nicht allein zuzulassen, sondern selbst zu fördern“. Damit wollte Wagdorf seine Mitarbeit an dem Werke der deutschen Einheit als vorläufig abgetan betrachten wissen. Er räumte ein, daß sich aus einer teilweisen, loseren Verbindung mit Oesterreich Vorteile „herausrechnen“ ließen; die Nachteile, versicherte er eindringlich, lägen auf einem Felde, „auf welchem die wenigsten Menschen heimisch sind, so daß man im eigenen Lager vielleicht weniger als sonst unterstützt wird“. Er, der leidenschaftliche, sah die Geschichte der letzten zwei sturmbelegten Jahre ruhiger an als nationale Historiker wie Sybel und Treitschke. Aus der Verwirrung der Ansichten über Monarchie und Demokratie, Bund und Einzelstaat in Dresden zog er sich in die Geschichte und auf sich selbst zurück. „Mir scheint, schrieb er einem Freund von dort, daß man zu einem festen und zuverlässigen Urteil über unsere Zeit nicht kommen kann, wenn man sich nicht möglichst frei macht von den Eindrücken der letzten Vergangenheit und sich nicht darauf beschränkt, die Grundsätze aufzusuchen und näher festzustellen, welche teils an sich, teils als historisch richtig anerkannt werden müssen“. Er orientierte sein staatsmännisches Handeln an der Maxime — und rechtete mit keinem, wenn er ihm darin nicht beistimmte: „Ich erkenne als den letzten Zweck des Staates nichts als die sittliche Vervollkommnung des Menschen und halte die Menschen im allgemeinen, was sie auch im Laufe der letzten Jahre hie und da Böses getan haben mögen, noch immer als keineswegs nur der Zuchttrute verfallen, sondern als der Vervollkommnung fähige Geschöpfe Gottes“. Wer sich in Wagdorf eingelezen hat, erkennt in diesen Worten leicht eine Paraphrase zu dem Satz des ihm befreundeten Dahlmann, dessen Schriften ihm sehr vertraut waren, daß überall, wo in einem Volke Wohlstand und Bildung einen gewissen Höhegrad erreicht haben, das Bedürfnis politischer Freiheit und staatsbürgerlicher Selbstständigkeit von selbst hervortritt. Weil er diesen Zeitpunkt in Deutschland für gekommen hielt, weil er diese Entwicklung fördern wollte, darum hatte er in Dresden schließlich eifriger mitgearbeitet, als er sich anfangs den Anschein gab. Die Theoretiker in Dresden kümmerten ihn wenig, er hielt nichts von der Ansicht des „wohlwollenden Absolutisten“, daß die beste Regierungsform da sei, wo am besten regiert werde, und hielt das Bestreben derer für völlig verfehlt, welche die Monarchie soweit einschränken wollten, daß ihr ein schlechtes Regieren überhaupt unmöglich gemacht werde. Wagdorf befürchtete, daß man in den Konferenzen beschließen könnte, „Eingriffe in die Verfassungen der Einzelstaaten vorzunehmen, ohne doch gleichzeitig eine Volksvertretung bei der künftigen Zentralstelle ins Leben zu rufen.“ Eine deutsche Volksvertretung in dem damals vornehmsten Sinn des Wortes, das war für ihn die geschichtlich und innerlich begründete Forderung des Tages, die ihm nur durch und mit Preußen erreichbar schien. Daran war natürlich nicht zu denken. Mit dem Siege Oesterreichs mußten diese Hoffnungen begraben werden. Wer war daran schuld? Mit dem an sich hochentwickelten und durch

stete Selbstkritik verfeinerten Gefühl der Verantwortlichkeit eines tüchtigen Verwaltungsbeamten konnte Wagdorf doch die Schuld nicht in den Dingen selbst, sondern nur bei den Männern finden: „Herr v. Manteuffel folgt der Richtung, welche allein ihm eigentümlich und naturgemäß ist; darum mag ich umso weniger in die Vorwürfe einstimmen, welche man gegen ihn vielseitig erhebt, als ich wohl begreife, daß man mit einem so eigentümlich organisierten Souverän, wie der seinige, in keiner Weise etwas Großes leisten kann, und am Ende Gott danken muß, wenn man die Existenz nur einigermaßen sichert. Aber darum halte ich doch den Herrn v. Manteuffel für keinen Mann, welcher seiner jetzigen Stellung gewachsen wäre.“ Radowicz oder Manteuffel — es gibt im Leben eines Volkes ab und zu Aufgaben, wo selbst mit einer Höchstleistung an Gewissenhaftigkeit der Pflicht Aller gegen Alle nur zur Hälfte Genüge getan ist. —

In der Geschichte entscheidet der Erfolg über die Wahrheit. Bewußt oder unbewußt messen wir 1850 an 1866 und laufen Gefahr, ungerecht zu werden, wenn wir mit einer an Eifersucht streifenden Wahrheitsliebe die Union „an sich“ zu bewerten uns durchaus bestreben. Bismarck, der sie leidenschaftlich und mit Erfolg bekämpft hat, urteilte damals: „Wenn jemand im Namen der deutschen Einheit auf die parlamentarische Union hindrängt, so möchte ich ihn verwarnen, daß er nicht zwei Begriffe miteinander verwechsle, die deutsche Einheit und das Recht, auf einer deutschen Tribüne parlamentarische Vorträge zu halten; für mich liegen beide Begriffe weit auseinander.“ „Ich habe vor Jahr und Tag von dieser selben Stelle aus — im preussischen Landtag — meine Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Union an sich nicht lebensfähig sei, daß sie mir stets erschienen als ein zwitterhaftes Produkt furchtsamer Herrschaft und zahmer Revolution.“ Wagdorf, ein zahmer Revolutionär, der darauf hindrängte, auf einer deutschen Tribüne parlamentarische Vorträge zu halten? Soweit mußte das Urteil 1850 nach rechts ausschlagen, um 1870 in die Gleichgewichtslage zurückzuschwingen, die seitdem nicht beträchtlich gestört wurde.

TIFFEN® Gray Scale

© The Tiffen Company, 2007

		R	G	B			W	G	K	C	Y	M							
A	1	2	3	4	5	6	M	8	9	10	11	12	13	14	15	B	17	18	19

